



„Kita-Kürzungen-stoppen“

Eltern und ErzieherInnen sammeln Unterschriften für Bürgerbegehren

Die Stadt Leipzig hat beschlossen für das Jahr 2012 bei Kindergärten, Krippen und Horten kräftig zu sparen. Davon betroffen sind vor allem Einrichtungen in privater Trägerschaft, die in Leipzig mehr als 70 Prozent der Kitaplätze stellen. Dagegen regte sich bereits im November heftiger Protest. Viele Eltern nahmen an der Jugendhilfeausschusssitzung des Stadtrates am 07. November teil und äußerten ihren Un-

mut über die Kürzungen. Zur Stadtrats-sitzung am 17. November kamen sogar mehr als 700 Menschen zu einer bunten und lautstarken Demonstration zusam-

men. Die Ratsmitglieder wurden in der Wandelhalle mit Rasseln, Sprechchören und Transparenten lautstark begrüßt.

Nur geholfen hat das fast nichts. Die Stadt nahm an ihrem Sparkurs nur

marginale Änderungen vor. Die Initiative „Kita-Kürzungen-stoppen“ startete daher am 15. November das gleichnamige Bürgerbegehren, welches genau genommen aus vier separaten Bürgerbegehren besteht. „Wir benötigen 22.000 gültige Unterschriften von LeipzigerInnen über 18 Jahre. Ziel ist daher, bis spätestens 15. Januar 30.000 Unterschriften zusammen zu bekommen. Jeder kann helfen zu sammeln“, so Rechtsanwalt Dirk Feiertag, einer der Organisatoren des Bürgerbegehrens.

Fortsetzung auf Seite 2 ...



Occupy Everything!

Soziale Bewegung in den USA

Ein Text über die amerikanische *Occupy*-Bewegung? Wurde dazu nicht schon genug geschrieben? Und ist das überhaupt eine richtige Bewegung und nicht nur ein Medien-Hype?

Das sind berechtigte Einwände. Trotz all seiner fragwürdigen Seiten ist das Phänomen aber immer noch viel zu interessant, um es einfach zu ignorieren. Natürlich ist der Protest inhaltlich diffus, oft von geradezu rührender Naivität geprägt, mitunter auch einfach nur doof. Andererseits bewegt sich hier noch viel zu viel, als dass sich schon ein abschließendes Urteil fällen ließe – positive Überraschungen sind längst nicht ausgeschlossen. Auch der fol-

gende Text ist also ein Patchwork, selektiv und ganz und gar voreingenommen. Ein Versuch, interessante Punkte aufzuzeigen, die sonst in der Berichterstattung eher zu kurz kommen, und zu schauen, wo sich hier vielleicht etwas wirklich Revolutionäres anbahnt...

Baby, We're All Anarchists Now

Ein interessanter Aspekt ist zweifellos der Internationalismus der Bewegung: Die Protestierenden in New York, Baltimore oder Oakland verfolgen sehr genau, was auf dem Tahrir-Platz in Kairo passiert. Und umgekehrt ebenso: Nachdem Ende Ok-

tober die Camps in Oakland und Atlanta gewaltsam von der Polizei geräumt wurden, demonstrierten ägyptische Aktivist_innen vor der amerikanischen Botschaft in Kairo, um ihre Solidarität zu zeigen. Als es wiederum Ende November in Ägypten heftige Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant_innen und Sicherheitskräften gab, wurde in den USA vor ägyptischen Botschaften gegen die Repression demonstriert. Dass sich die Proteste weltweit in dieser Weise aufeinander beziehen, ist ein wichtiger und ermutigender Aspekt.

Fortsetzung auf Seite 19ff...

enorm abnorm

Stehst Du auf Mangas, sympathisierst mit Cosplay oder stehst gar im schlimmen Verdacht, homosexuell zu sein? Dann hast Du es dieser Tage leicht, der „bizarre[n] Welt des Jonathan H.“ zugerechnet zu werden. Den Anfang November im Leipziger Elsterbecken zerstückelt aufgefundenen Toten nehmen *Bild*, *Dresdner Morgenpost* und *LVZ* derzeit zum Anlass, wieder einmal ihre Ansichten von Norm und Abnorm zu (re)konstruieren. Mit Lügen und wilden Vermutungen über persönliche Verhältnisse und Eigenschaften Jonathans und der schon obligatorischen Täter-Opfer-Umkehr bei deviant markierten Personen wird Jonathan posthum zum sonderbaren Perversling, der zwangsläufig so en-

den musste. Also Leute, die Ihr in der „Manga-Szene“ oder der „Homosexuellen-Szene“ zu finden seid – Ihr bewegt Euch auf ganz dünnem Eis! War doch schon immer klar. Nun, was uns da außer der Empörung übrig bleibt, ist wohl nur die rücksichtslose Diffamierung aller Bild-, Mopo- und LVZ-Redakteur_innen und ja, auch der Leser_innen als passive Erfüllungsgehilfen dieser Schweinepresse. Oder um es frei nach Max Goldt zu sagen: „Diese Zeitungen sind Organe der Niedertracht. Es ist falsch, sie zu lesen. Jemand, der zu einer dieser Zeitungen beiträgt, ist gesellschaftlich absolut inakzeptabel.“ Punkt.

Alles geht auch mal zu Ende. So z.B. das Jahr 2011 und unsere Layout-Phase. Ja, ja, so eine Zeitschrift, das ist nicht immer nur Halligalli und Rock'n'Roll, sondern was das Technische angeht die meiste Zeit über business as usual: Texte lesen, kritisieren, und dann noch mal lesen, Bilder aus dem Internet klauen und sich Metaphern aus den Fingern saugen, sich mit Layoutfitzeleien rumärgern und zu guter Letzt auch noch ein fluffiges Editorial zusammenschustern.... Anstrengend wird es vor allem dann, wenn nur Wenige die Köpfe rauchen lassen können, wie bspw. auch in diesem Heft. Denn unser Redaktionskreis ist immer noch auf ein weitgehendes Minimum reduziert. Aber halt – genau genommen stimmt das gar nicht mehr. Denn es gibt auch zwei (relativ) neue Gesichter hier, die nicht nur frischen Wind, sondern auch neue Themen ins Heft bringen. Welche das sind, müsst Ihr aber schon selbst herausfinden. Thematisch vielfältig, aber politisch klar verortet ist übrigens auch unsere Verkaufsstelle des Monats: der linke Buchladen *Drift*. Viel Spaß beim Schmökern, Eure *Feierabend!*

termine

Dresden Nazifrei!

13. & 18. Februar 2012

Ungehorsam! Internationaler Kongress

27.-29. Januar

<http://ungehorsam-kongress.de/>

Magdeburg Nazifrei

14. Januar 2012

„Kita-Kürzungen stoppen“

(...) Die Bürgerbegehren haben vier wesentliche Ziele: Als Erstes sollen die von der Stadt gekündigten Verträge mit den Freien Trägern der Jugendhilfe über den Betrieb und die Finanzierung der Kitas zu ungeänderten Bedingungen fortgesetzt werden. Die Stadt hatte die Verträge gekündigt, um die Zuschüsse in den nun neu vorliegenden Verträgen drastisch reduzieren zu können.

Als Zweites hat die Stadt beschlossen, 800 bestehende Krippenplätze in Kindergartenplätze umzuwandeln. Diese Umwandlung soll gestoppt werden. Denn nach dem Willen der Initiative sollen Kindergartenplätze nicht auf Kosten von Krippenplätzen geschaffen werden. Es müsse vielmehr beides ausgebaut werden. Schon jetzt kommen in Leipzig nur 5.000 Krippen- und Tagespflegeplätze auf 15.000 Kinder im Krippenalter. Die Streichung von 800 Krippenplätzen verschärft den Versorgungsnotstand in diesem Bereich noch mehr.

Damit erweist sich die Stadt zudem einen Bärendienst. Denn nach der Streichung der Krippenplätze haben Klagen von Eltern, die einen Krippenplatz von der Stadt fordern, schon jetzt sehr gute Erfolgsaussichten. Und das, obwohl die sogenannte Krippenplatzgarantie normalerweise erst ab 2013 gelten würde. Denn die Krippenplatzgarantie greift nach dem Gesetz (§ 24a SGB 8) schon jetzt, wenn die Stadt in Teilbereichen Krippenplätze kürzt. „Ich bereite bereits die ersten Klagen für Krippenplätze vor und bin

zuversichtlich, mit Eilverfahren schnell Plätze für die betroffenen Eltern erstreiten zu können“, so Rechtsanwalt Feiertag. Als Drittes wird gefordert, die Zuschüsse an die Freien Träger um den Betrag zu erhöhen, die die Eltern für einen normalen Kinder- bzw. Krippenplatz als Elternbeitrag nächstes Jahr mehr zahlen müssen. Andernfalls würde die Erhöhung der Elternbeiträge nur die Stadt entlasten, sagt Florian Teller, ein Mitorganisator des Begehrens.

Die kostenintensivste Forderung dürfte wohl das letzte Anliegen der Initiative darstellen. Es fordert gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Denn die ErzieherInnen der Freien Kitas bekommen nicht selten mehrere hundert Euro weniger Lohn pro Monat als ihre KollegInnen in den staatlichen Einrichtungen. Mit den Geldern, die die Stadt für den Kitabetrieb zur Verfügung stellt, ist eine tarifliche Entlohnung auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes einfach nicht machbar. „Wir fordern daher, dass die Stadt den Freien Trägern Verträge anbietet, in denen sich die Freien Träger zur tariflichen Entlohnung verpflichten und hierfür im Gegenzug von der Stadt die notwendigen finanziellen Mittel in die Hand bekommen“, so Feiertag weiter.

Ob das Bürgerbegehren die angepeilten 30.000 Unterschriften tatsächlich bis zum Jahresende zusammen bekommen hat, stand bis zum Redaktionsschluss noch nicht fest. Die Initiative kündigte für diesen Fall aber bereits an, bis zum 17. Januar weiter sammeln zu wollen.

hans



Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt, das es sich zum Ziel gesetzt hat, libertäre, herrschaftskritische und emanzipatorische Ideen zu verbreiten. Deswegen widmen wir uns Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden. Das betrifft besonders die Berichterstattung über soziale Bewegungen, wie sie im Großen und Kleinen alltäglich stattfinden. Diese wollen wir kritisch begleiten und dabei vor allem solche Themen beleuchten, die uns aus der Akteursperspektive interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient nur dazu, die Produktionskosten des Heftes zu begleichen. Alle redaktionell und inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstätterInnen ohne Bezahlung. Die Weiterverbreitung der Texte und Inhalte ist ausdrücklich erwünscht. Bei anderweitigen Veröffentlichungen der fertigen Artikel bitten wir um kurze Rücksprache mit der Redaktion.

Aufwerten oder abwerten?

Leipziger Gentrifizierungsdebatte

Die Aufwertung von Stadtvierteln und die folgende Verdrängung ärmerer Einwohner_innen ist nicht nur in Hamburg und Berlin ein Thema. Auch in Leipzig wird gerade eifrig über Gentrifizierung diskutiert. Um ihren Wohnraum fürchten derzeit z.B. die Mieter_innen eines Hauses in der Windmühlenstraße, nahe dem Wilhelm-Leuschner-Platz. Dieses gehörte bis vor kurzem noch der LWB, wurde aber im August an einen neuen Eigentümer, *Casa Concept*, veräußert. Und der will jetzt das Gebäude sanieren, wodurch voraussichtlich die (bisher sehr günstigen) Mieten steigen. Zudem soll im Erdgeschoss ein Supermarkt einziehen, die Grünflächen im Hinterhof müssten dann u.a. für Parkplätze verkleinert werden. Nach Protesten der Mieter_innen und Debatten im Stadtrat hat der Investor seine Pläne mittlerweile geändert: Der Supermarkt wird verkleinert, und auch die Läden im Erdgeschoss sollen erhalten bleiben, heißt es. Wie sich die Sache weiter entwickelt, bleibt abzuwarten.

Das eigentliche Epizentrum der Debatte ist aber Connewitz, wo in den letzten Monaten wiederholt Häuser mit Farb- bzw. Teerbomben beworfen wurden – Zielobjekte waren dabei u.a. das Bürgeramt und der Kindergarten in der Biedermannstraße, aber auch einige der Stadthäuser, die seit 2002 im Viertel gebaut wurden. Im Zentrum des Konflikts steht jedoch ein neu saniertes Haus in der Mathildenstraße, das bis vor kurzem der Immobilienfirma *Hildebrand & Jürgens* gehörte, die in Leipzig mehrere hundert Wohnungen verwaltet. Neben den üblichen Farbbeutelwürfen gingen hier auch Scheiben zu

Bruch, und bei einer Hausbesichtigung kreuzte gar eine Gruppe von Vermummten auf, um die potentiellen Mieter_innen zu verschrecken.

Der wiederholten Aktionen wegen wurde ein privater Sicherheitsdienst engagiert, was aber nicht zur Beruhigung, sondern nur zur weiteren Eskalation beitrug: So wurden am 22. Oktober einige Security-Männer, die in einem Auto vor dem Gebäude parkten, von einer Gruppe Schwarzgekleideter mit Steinen angegriffen. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Am folgenden Abend wurden vier Jugendliche, die die Hausfassade mit einer Schablone besprüht hatten, von der Security aufgegriffen, zusammengeschlagen und dann der Polizei übergeben.

Für den 27. Oktober riefen deswegen „besorgte AnwohnerInnen“ per Flyer zu einer Spontandemo auf, um den Security-Leuten „gewaltlos und unvermummt“ zu zeigen, „dass solche Zustände hier unerwünscht sind“.

Der Plan scheiterte aber an der großen Resonanz. Etwa hundert Personen fanden sich am Treffpunkt ein – bei dieser Menge ließ sich natürlich keine Security blicken.

Aber auch an anderer Stelle gab es Knatsch. Schließlich war auch das frisch renovierte Vorderhaus des *Conne Island* von Farbbeutelwürfen betroffen. Dort reagierte man erwartungsgemäß verärgert. In einem Statement (1) warf das Ladenplenum den „KiezkämpferInnen“ hohlen Aktionismus vor, der radikal daherkomme, aber letztlich unpolitisch sei: „Eine inhaltliche Auseinandersetzung spielt für sie keine Rolle, militantes Auftreten und Radikalität sind wichtiger als politische Ziele.“ Um dann messerscharf zu schließen: „Der Farbbeutelanschlag aufs *Conne Island* kann nur einen Grund haben: Die AngreiferInnen können sich nicht anders artikulieren. Es wird sich nicht die Mühe gemacht, Kritik

beispielsweise im *Conne-Island*-Plenum zu äußern oder es per Text mit seinen vermeintlichen Fehlern zu konfrontieren.“

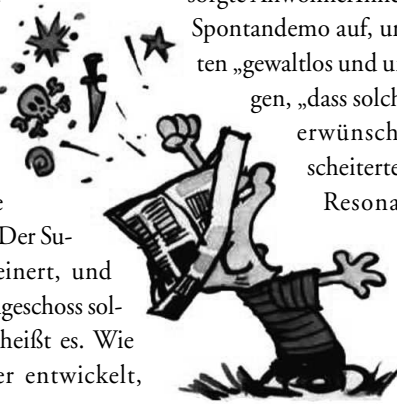
Der letzte Vorwurf wurde von den Verantwortlichen schnell widerlegt: Sie konterten mit einem anonymen Flyer (2) und konfrontierten das *Conne Island* mit seinen vermeintlichen Fehlern. Der Inhalt ist nicht weiter überraschend: „Auch ihr fördert die Gentrifizierung in einem Stadtteil, in dem ihr schon längst mehr als entbehrlich seid [...] Niemand hat Lust für eure Schicki-Micki-Yuppie-Partys in euren Lokalitäten 20 Euro oder mehr auszugeben.“ Mit der Renovierung versuche auch das *Island* sich für eine zahlungskräftige Klientel attraktiv zu machen. Drum trügen „jeder Farbbeutel und jeder Stein gegen solche Objekte [...] zur Abwertung bei. Wir wollen unkommerzielle Freiräume für alle und keine hippen, trendigen, teuren und apolitischen Locations für Yuppies, die sich alternativ fühlen!“ Und zum Schluss noch eine Extraportion Pathos: „Stadtteilkampf ist Klassenkampf!“

Okay. Dass die Eintrittspreise im *Conne Island* eher zu hoch als zu niedrig sind, ist keine neue Erkenntnis. Und natürlich ist das *Island* nach 20 Jahren seines Bestehens kein Politikum mehr, sondern ein weitgehend „normaler“ Konzertort. Dasselbe ließe sich aber auch, niedrige Eintrittspreise hin oder her, über das *Zoro* oder die *LiWi* sagen. Und die Connewitzer Szene hat sich mittlerweile insgesamt weitgehend entpolitisiert. Die ehemals besetzten Häuser mögen eine gemütliche subkulturelle Nische bieten, aber letztlich sind sie eben auch nur das – eine Nische. Die wilden 90er sind unwiderruflich vorbei. Daran werden auch ein paar Farbbeutel nichts ändern.

justus

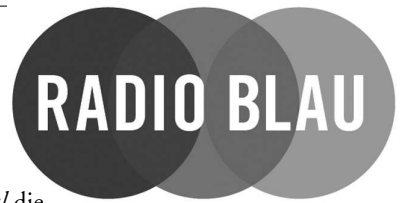
(1) www.conne-island.de/nf/190/3.html

(2) dokumentiert unter einkesselbuntes.blogspot.de/2011/11/03/gentrifidingsda-in-leipzig/



Eine Dosis Blau

Interview mit *Radio-Blau-Aktivist_innen*



Ein eher trostlosen Anblick boten am 12. November zur *Linken Medienakademie Regional* die überwiegend verlassenen Räume in der Universität Leipzig. Denn das interessante Workshopangebot, das überwiegend von lokalen (linken) Medienschaffenden vorbereitet wurde, traf – auch aufgrund der Kurzfristigkeit – auf recht wenig interessiertes Publikum. Doch statt Blasen mit Trübsal zu füllen, nutzten wir die Zeit für einen intensiven Austausch mit zwei Aktivist_innen vom freien *Radio Blau*. Das folgende Interview zur aktuellen Situation und anderem Wissenswertem kam auch dabei rum:

FAI: Hallo, schön euch zu interviewen. Für die Leser_innen, die euch noch nicht kennen: Was ist denn *Radio Blau*?

Anne: *Radio Blau* ist euer Freies Radio in Leipzig. Das bedeutet, dass wir zugangsoffen sind für alle, die in Leipzig Radio machen wollen. Wir sind ein nichtkommerzielles Radio, wir machen das also ehrenamtlich, um der Ideen und Inhalte willen, die wir einem größeren Publikum zugänglich machen wollen. Und wir spielen keine Werbung. Wir sind basisdemokratisch organisiert, bei uns gibt es keine Hierarchien und keine Chefredaktion. Bei uns entscheidet die Vollversammlung über Organisatorisches im Radio und auch die Inhalte werden dort diskutiert. Es gibt den Konsens, keine sexistischen, rassistischen, antisemitischen, faschistischen oder chauvinistischen Inhalte zu senden. Aber ansonsten gibt es keine Einschränkungen. In diesem Rahmen kann jeder senden, was er will.

FAI: Welche Sendungen würdet Ihr denn besonders hervorheben?

A: Wichtig ist unser tagesaktuelles Magazin *Aktuell*. Das läuft immer 19 bis 20 Uhr, Montag bis Freitag. Da geht's um aktuelle, lokale, überregionale oder globale Themen aus Politik, Kultur, Umwelt, Wirtschaft. Dabei richten wir uns nicht nach herkömmlichen journalistischen Werten, zum Beispiel diesen unbedingten Zwang zu Aktualität oder den Blick auf Nachrichtenwerte. Wir bemühen uns darum, Themen aus den Perspektiven zu bearbeiten, die in den kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Medien nicht vorkommen.

Lutz: Vieles findet sich eben anderswo nicht wieder, weil's keine spannende Nachricht ist. Uns geht es eher darum, denen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden. Sich für ein Thema Zeit zu nehmen, auch wenn es gerade nicht topaktuell, aber trotzdem interessant ist.

FAI: Wer entscheidet über die Themen? Es gab ja vor einigen Jahren z.B. eine Debatte über eine Sendung, wo Musik von *Muslimgauze* gespielt werden sollte – eine Industrialband, die sich u.a. positiv auf den palästinensischen Widerstand bezieht, womit einige Leute bei *Radio Blau* ein Problem hatten. Wie ist das Verhältnis zwischen der Entscheidungsfreiheit der Redakteur_innen und der Vollversammlung?

A: Neue Sendungsmacher_innen müssen ihre Inhalte erstmal in

der Vollversammlung vorstellen. In einer richtigen Redaktion wie *Aktuell* werden Themenvorschläge und Inhalte intern diskutiert und teilweise abgewiesen. Neulich zum Beispiel ging es um eine politische Veranstaltung, die wir thematisieren wollten. Ein Redakteur meinte dann, ob wir uns mal die Akteure angeschaut haben, wer die Veranstaltung macht, und ob wir so ein Thema wirklich tragen können. Haben wir dann nicht gemacht.

Wenn langjährige Sendungsmacher_innen wissen, dass sie ein umstrittenes Thema behandeln, tragen sie das auch in die VV und diskutieren es dort. Und wenn die VV sagt, „Wir wollen das so nicht senden“, dann wird es nicht gemacht.

L: Bei einer Vollversammlung im Monat lässt sich nicht alles im Detail diskutieren, obwohl das wünschenswert wäre. Das passiert innerhalb der Redaktionen, aber sonst wird eher im Nachhinein Kritik geäußert, oder Lob, wenn eine Sendung besonders gut war.

A: Naja, es wäre schon möglich das in der Vollversammlung zu diskutieren, so viele Wortbeitragsendungen haben wir ja nicht. Mir fällt da die queerfeministische Sendung *Tipkin* ein, Politsendungen wie *Statement*, *T9*, *Linksdrehendes Radio*, *Der dialektische Diwan*...

L: Und Kultursendungen wie *Lesbar* und *Al Dente*... Wobei Musik ja auch einen Inhalt vermittelt, über die Texte, oder wie beim Beispiel *Muslimgauze*, wo die Cover der Platten recht fragwürdig waren.

A: Das steht auch bei uns im Statut, dass Musik eine eigene Darstellungsform ist. Wir haben auch gute Musikredaktionen wie *Bleep Hop* oder die *Zonic Radio Show*, Leute, die sich auch sehr intensiv mit Geschichte und politischer Bedeutung von Musik auseinandersetzen. Es wird also nicht nur ein Song nach dem anderen gespielt, sondern auch kontextualisiert.

FAI: Wie viele Leute engagieren sich bei *Radio Blau*?

A: Ich schätze, ungefähr 130 Menschen. Die Zugangshürden sind auch relativ niedrig. Man muss eine „Erste Dosis Blau“ machen, da wird man in die Organisationsformen eingeführt, und dann den Technikkurs, damit man das Mischpult bedienen kann. Deshalb kommen viele Redakteur_innen zu uns, gehen wieder, bringen Leute mit... Es ist ein sehr fließender Kreis von Leuten.

FA!: Es gab ja vor zwei Jahren eine größere Krise, die *Radio Blau* fast in seiner Existenz bedroht hätte. Wie hat sich denn die Situation seitdem entwickelt?

A: *Radio Blau* war nicht in seiner Existenz bedroht. Das Problem war, dass wir die Sendungs- und Leitungskosten von 25.000 Euro im Jahr bezahlen mussten, die für die Übertragung auf UKW entstehen. Der Verein selbst war aus meiner Sicht nicht in der Existenz bedroht. Wir hätten dann eben wohl oder übel Netzradio machen müssen. Allerdings wollen wir das nicht. Im Gegensatz zum Internetradio ist UKW für alle Leute zugänglich, die ein einfaches Radio besitzen. Die zuständigen Medienpolitiker_innen argumentieren, man wolle bis 2015 die UKW-Frequenzen auslaufen lassen, zugunsten des Digitalradios. Derzeit sieht's aber so aus, als würde sich das noch Jahre hinziehen.

L: Wobei *Radio Blau* schon existenziell bedroht wäre, wenn wir nicht mehr auf UKW senden könnten. Ich würde schon von einer Krise reden, und die ist auch heute noch nicht ausgestanden. Auch wegen der sächsischen Medienpolitik, wo Freies Radio gar nicht vorgesehen ist. Es gibt einen Satz im Rundfunkgesetz, der sagt, dass nichtkommerzielles Radio ermöglicht werden kann. Wo unklar ist, was heißt das? Schließt das eine Förderung ein? Tatsächlich werden wir gerade mal mit einem Drittel der Sendekosten finanziert – von der Landesmedienanstalt, die als sogenannte staatsferne Behörde den Privatrundfunk beaufsichtigt und dafür einen Teil der GEZ-Gebühren erhält. Das sind ca. 7 Mio., davon kriegen *Radio T* und *Radio Blau* zusammen 16.000 Euro, während die Kosten bei ca. 50.000 Euro für alle drei Freien Radios liegen. *ColoRadio* in Dresden kriegt gar nichts, weil die bei der Landesmedienanstalt nicht so beliebt sind.

Das sind schlechte Voraussetzungen. Die Kosten für Strom, Miete, Telefon usw. sind ohne Förderung nicht zu schaffen. Bis Ende 2009 wurde unser Anteil an den Send- und Leitungsgebühren noch von *Apollo Radio* übernommen. Diese Vereinbarung lief aus, und das führte dann zum Rechtsstreit mit *Apollo* und zur zeitweiligen Abschaltung der Freien Radios. Letztlich senden wir wieder, weil wir die Kosten selbst tragen – durch Spenden, und nun im zweiten Jahr durch eine anteilige Förderung der Stadt.

A: Ohne Unterstützung durch die Hörer_innen, die Medienpolitik und die Stadt sieht's schwierig aus. Wir können nur appellieren, uns zu unterstützen. Wir sind als Plattform wichtig für Menschen, die in dieser Stadt ihr Radio machen und ihre Inhalte nach außen tragen möchten. Dabei vermittelt das Radio auch Medienkompetenz. Man schätzt ja den Gehalt von Medien ganz anders ein, wenn man weiß, wie sie funktionieren.

FA!: Und was sind Eure Visionen für *Radio Blau* für's nächste Jahr?

A: Natürlich wollen wir weiterhin Menschen einladen, ihre Ideen ins Radioprogramm einzubringen. Eine Umweltredaktion haben wir zum Beispiel noch nicht. Warum nicht? Vielleicht waren wir

für die Leute noch nicht Plattform genug? Es gibt ja auch in anderen inhaltlichen Feldern viele Gruppen und Medien in Leipzig, die inhaltlich arbeiten, brillante Essays schreiben... Und es wäre spannend, diese ins Radio zu holen, damit sie ihre Ideen und Texte auch dort präsentieren können. Auch ein Umdenken bei den Formaten wäre spannend...

L: Weniger Wortbeitragsendungen, die nur aus Interviews bestehen... Wobei jetzt schon mehr Leute auf die Idee kommen, uns als Radio anzufragen. Ich weiß nicht, wie oft wir in diesem Jahr als Medienpartner für Veranstaltungen angefragt wurden...

A: Podiumsdiskussionen im Radio zu senden, wäre eine Idee. Oder politische Hörspiele als Verbindung von Politik und Kunst. Das könnte für Menschen spannend sein, die sich mit literarischem Schreiben beschäftigen, aber auch politische Ansprüche haben. Oder Demo-Radio. Mal abgesehen von den Anti-Nazi-Demonstrationen könnten wir auch andere Veranstaltungen im Radio begleiten. Mir fällt da noch mobiles Radio ein... Wir haben letztes Jahr mit dem Straßenecken-Radio angefangen, sind in Projektläden im Leipziger Westen und Osten gegangen und haben Leute eingeladen, über das zu reden, was sie bewegt. Gentrifizierung, Probleme mit Gewalt, mit Drogen im Viertel... Das würden wir gern fortführen. Sehr spannend finde ich auch immer Live-Übertragungen von Fußball-Events des *Roten Sterns*. Neben den Berichten vom Spiel werden nebenbei dann Initiativen vorgestellt, die sich zum Beispiel gegen Rassismus in der Kurve engagieren.

FA!: Was braucht Ihr, um diese Ideen umsetzen zu können?

A: Kraft, und nette Leute, die uns unterstützen...

L: Wir hatten bis vor kurzem auch noch Leute, die als AGH-Stellen bezahlt wurden. Das gibt's jetzt nicht mehr. Die Leute, die mitmachen, machen jetzt nicht mehr nur Programm, sondern tatsächlich *alles* in diesem Radio. Die Verwaltung usw. läuft jetzt alles ehrenamtlich.

A: Ich glaube, wir sind das erste und einzige Freie Radio in Deutschland, das vollkommen selbstorganisiert läuft. Und es läuft, erstaunlicherweise!

FA!: Wer mitmachen will, meldet sich einfach bei euch?

L: Genau, über radioblau@radioblau.de. Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat gibt's die „Erste Dosis Blau“, jeweils 18.00 Uhr, im Hinterhof der Paul-Grüner-Straße 62. Da wird wie gesagt in die Strukturen eingeführt, und bei Bedarf kann man auch weitere Fragen stellen.

A: Und immer montags bis freitags von 17 bis 19.00 Uhr ist das Büro geöffnet und für Anfragen offen.

FA!: Vielen Dank für das Interview!

momo & justus

Skandal! NPD von Neonazis unterwandert?

Wenn man Wert auf ein gutes Image legt, sollte man sich lieber keinen verurteilten Rechtsterroristen ins Haus laden. Schon gar nicht jetzt, wo die mediale Öffentlichkeit gerade mit Entsetzen bemerkt hat, dass Neonazis gelegentlich zu Rassismus und gewalttätigem Verhalten neigen.

Die Erkenntnis kam spät, aber irgendwann fiel der Groschen doch: Auf Druck der NPD-Führung wurde die für den 26. November geplante Veranstaltung mit Karl-Heinz Hoffmann kurzfristig abgesagt. Hoffmann leitete ab 1973 die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die 1980 verboten wurde, nachdem eines ihrer Mitglieder mit einem Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest 13 Menschen getötet hatte. Die Leipziger *Jungen Nationaldemokraten* hatten Hoffmann in das „nationale Zentrum“ in der Odermannstraße eingeladen.

Trotz der Absage konnte die NPD aber nicht über mangelnde Negativ-Publicity klagen. So gab es am 26.11. nicht nur eine bürgerliche Protestkundgebung, an der auch OBM Burkhard Jung teilnahm. Zudem beteiligten sich etwa 500 Menschen an einer Antifa-Demo, die von der Initiative *Fence Off!* (siehe FA! 40) organisiert worden war. Bereits am 24. September hatten etwa 2000 Menschen gegen das Zentrum in der Odermannstraße demonstriert.

Dass die NPD-Führung ihren Nachwuchs zurückpfeifen muss, ist nur das letzte Zeichen eines insgesamt zwiespältigen Verhältnisses: Einerseits bemüht sich die NPD seit Jahren um ein solides, „gutbürgerliches“ Image, andererseits kann sie nicht auf die jüngeren militanten Neonazis als Basis verzichten. Die *Jungen Nationaldemokraten* und das von diesen genutzte Zentrum in der Odermannstraße bilden die Schnittstelle zwischen Partei und „Freien Kräften“.

Näheren Aufschluss über das wechselseitige Verhältnis geben die unlängst von der *GAMMA*-Recherchegruppe veröffentlichten Daten* aus einem internen Forum des Freien Netzes (einer von den Freien Kräf-

ten betriebenen Website). Dieses Forum war nur einem engen Kreis von gerade mal 21 „Kadern“ zugänglich, bekannten Neonazi-Aktivisten u.a. aus Leipzig, Altenburg, Delitzsch und Geithain.

Die in den internen Debatten geäußerten Überzeugungen sind nicht überraschend: Die Aktivisten verstehen sich als Nationalsozialisten, pflegen antisemitische Ressentiments und befürworten gewalttätige Aktionen. Schon eher interessant ist ihre Haltung zur NPD. So schreibt User „Feldgrau“ zum Thema: „Meine Mutterpartei? Also ich glaube nicht das ich die NPD so bezeichnen würde...Sie ist für mich lediglich Werkzeug im politischen Kampf.“ Ein weitge-

hend instrumentelles Verhältnis also. Hinter dem Pseudonym „Feldgrau“ verbirgt sich übrigens Tommy Naumann, NPD-Kandidat bei den letzten Stadtratswahlen und Vorsitzender der sächsischen JN... Spannungen zwischen NPD und Freien Kräften gab es schon länger. Nicht nur aus „ideologischen“ Gründen, also weil die NPD den Freien Kameraden nicht radikal genug und diese wiederum der Partei zu undiszipliniert waren. Sondern auch ganz banal des Geldes wegen: Wie der *GAMMA Newsflyer* schon Mitte 2010 berichtete, mussten die Freien Kräfte für die Nutzung der Odermannstraße monatlich 800 Euro an die NPD zahlen. Aber das Problem hat sich nun wohl erledigt: Für Ende September wurde dem *Kulturverein Leipzig-West e.V.*, der als rechtliches Aushängeschild der Freien Kräfte fungiert, vom Vermieter, Steven Hahn aus Grimma, gekündigt. Gerüchten zufolge haben die Freien Kräfte mittlerweile einen neuen Treffpunkt in einer Kneipe in der Wurzner Straße gefunden.

justus

*<http://gamma.noblogs.org/fn-leaks>



Obacht! Zwischen diesen netten jungen Leuten hat sich ein Neonazi versteckt!

Nüchterne Wiesen

Was wäre eine Großstadt ohne eine zünftige Trinkwiese? In der Leipziger Innenstadt hat sich z.B. die Thomaswiese neben dem *Hugendubel* schon seit Jahren als Treffpunkt für meist jugendliche Wiesentrinker_innen etabliert, die sich dort im Sommer auf dem Rasen lümmeln, dröhnende Beatmusik auf mitgebrachten Kassettenrekordern hören und dabei ihr Dosenbier verzehren.

Der Leipziger CDU-Ortsgruppe ist diese Stätte des urbanen *savoir vivre* allerdings ein Dorn im Auge. Mitte November stellte diese deshalb einen Antrag: Der Stadtrat soll nun prüfen, ob man den öffentlichen Alkoholkonsum nicht einfach per Polizeiverordnung verbieten könne. Erst mal testweise vom 1. April bis zum 31. Oktober 2012, um bei Erfolg die Maßnahme dann

auch in den Folgejahren fortzuführen. Das Trinkverbot soll nicht nur für die Thomaswiese gelten, sondern auch auf dem Bahnhofsvorplatz und am Weißerplatz in Stötteritz. Letzterer steht schon seit längerem im Fokus einer Ein-Mann-Kampagne, die ein besorgter Bürger gegen die ansässige Alkoholikerszene betreibt und nun offenbar auch die harten Herzen der Union erreicht hat.

Für vernunftbegabte Lebewesen ist so ein dreister Vorschlag allerdings einfach indiskutabel! Hoffen wir also mal, dass die Leipziger CDU die verdiente Schlappe einfährt, wenn am 14. Dezember über den Antrag entschieden wird. Denn: *Wiesentrinken is not a crime!*

justus

„Antimuslimischer Rassismus ist in der Mitte der Gesellschaft“

Interview mit dem **Netzwerk gegen Islamophobie und Rassismus Leipzig**

Eine wissenschaftliche Studie belegte jüngst, was viele bereits vermuteten: Die deutsche Bevölkerung ist im Vergleich zu einigen anderen europäischen Nachbarn ganz schön islamophob. Dabei drückt sich die höhere Intoleranz gegenüber Religionen wie dem Islam (verglichen mit Frankreich, Dänemark, Portugal und den Niederlanden) nicht nur in negativen Vorurteilen gegenüber Muslim_innen aus, sondern bspw. auch darin, dass nur knapp die Hälfte aller Befragten allen religiösen Gruppen die gleichen Rechte einräumen würden (1). Ohne derartige Studien zum Anlass zu nehmen, wohl aber in Anlehnung an zu beobachtende Tendenzen und Ereignisse, gründete sich bereits 2010 auch in Leipzig ein Netzwerk, das sich den Kampf gegen die sog. Islamophobie auf die Fahnen schrieb. Dieses bislang relativ unscheinbare „Netzwerk gegen Islamophobie und Rassismus Leipzig“ (NIR) kommt jetzt jedoch in Fahrt. Anlass für uns, ein Interview mit einer ihrer Aktivist_innen zu führen:

FA: Das „Netzwerk gegen Islamophobie“ gehört schon seit längerem zur politischen „Landschaft“ in Leipzig. Allerdings seid Ihr (momentan) im öffentlichen Raum recht wenig wahrnehmbar. Was beschäftigt Euch generell und aktuell? Habt ihr Aktivitäten geplant?

NIR: Unser Netzwerk gibt es jetzt seit einem Jahr und wir haben uns anfänglich darauf konzentriert, in Leipzig auf uns aufmerksam zu machen. Wir haben uns mit anderen Leipziger Organisationen getroffen und einige Vorstellungsvorträge gehalten. Danach waren wir allerdings mit uns selbst beschäftigt. Wir mussten theoretische und organisatorische Grundlagen schaffen und haben uns in internen Workshops auf unsere Arbeit vorbereitet. Jetzt sind wir endlich soweit, zu beginnen! Wir

haben die nötigen Interviewvorlagen entwickelt und unsere Aufruf-Flyer sind noch warm vom Druck. Gerade sind wir also in der spannenden Phase: Jetzt können wir Menschen, die anti-muslimischen Rassismus erfahren mussten, interviewen und ihre Fälle auf unserer Website dokumentieren. Ich gebe zu: Wir sind sehr stolz auf unsere Flyer und sehr aufgeregt, nach intensiver Vorbereitung unsere Interviews zu führen und damit etwas gegen die Diskriminierung von MuslimInnen in unserer Umgebung zu tun.

Außerdem haben wir gerade einen Theaterworkshop organisiert, der praktisch in die Methode des Forumtheaters einführt. Wir wollen als nächstes ein selbst geschriebenes Stück über Islamophobie an einem öffentlichen Ort in Leipzig aufführen und die ZuschauerInnen in das Stück einbeziehen. Das soll dann so ablaufen: Erst wird dem Publikum ein Konfliktverlauf vorgestellt und dann kann es im zweiten Anlauf in die Szenen eingreifen und damit die Handlung verändern. Wir wollen eben auch mit Theateraktionen im öffentlichen Leipziger Raum für antimuslimischen Rassismus sensibilisieren. Wir werden also wahrnehmbarer!

FA: Welche Ziele verfolgt ihr als Netzwerk und wie bzw. warum habt ihr euch gegründet?

NIR: Unser Ziel ist natürlich, gegen die Diskriminierung von MuslimInnen in unserer Umgebung zu kämpfen. Die Ermor-



dung von Marwa el-Sherbini in einem Dresdener Gericht war für uns alle ein Zeichen, dass die sogenannte Integrationsdebatte mit ihrer stereotypen Darstellung von MuslimInnen auch zu realer Gewalt führen kann. Rassismus gegen muslimische Menschen ist theoretisch nicht genügend aufgearbeitet worden. Andere Formen von Rassismus, wie beispielsweise gegenüber schwarzen oder jüdischen Menschen, ist in unserer Gesellschaft glücklicherweise geächtet. Dies wollen wir auch für anti-muslimischen Rassismus erreichen, denn leider sind rassistische Äußerungen über Muslime bisher kein Tabu, sondern geradezu im Trend. In unserem Netzwerk arbeiten Menschen mit unterschiedlicher Motivation. Auf unserer Homepage haben wir Texte von Mitgliedern veröffentlicht, die ihre persönliche Motivation für ihre antirassistische Arbeit beschreiben.



FA!: Wie groß ist Euer Netzwerk und wie viele bzw. welche Gruppen gehören dazu? Oder besteht Ihr eher aus sog. Einzelpersonen? Wie gut seid Ihr mit anderen linken Gruppen in Leipzig vernetzt? Gibt es gemeinsame Aktivitäten?



NIR: In unserem Netzwerk sind wir etwa 20 Leute und ja, wir sind eher sogenannte Einzelpersonen. Einige sind natürlich auch links organisiert, aber bei weitem nicht alle. Die wichtigste Gruppe in Leipzig ist für uns die *ChronikLe*, mit der wir zusammenarbeiten. Die *ChronikLe* dokumentiert bereits sehr erfolgreich auf ihrer Homepage rassistische, diskriminierende Ereignisse in Leipzig und Umgebung. Seit kurzem sind wir ebenfalls Redakteure ihres Archivprojekts und können Vorfälle antimuslimischer Diskriminierung auf ihrer Seite veröffentlichen. Diese Kategorie gab es zuvor auf ihrer Seite nicht. Dann sind wir noch mit dem *Antidiskriminierungsbüro* vernetzt. Diese Kooperation ist uns sehr wichtig, da wir Diskriminierungsopfern weder psychologisch noch juristisch helfen können.

FA!: Wo würdet Ihr Euch innerhalb der „Landschaft“ sog. linker Leipziger Gruppen und Initiativen verorten?

NIR: Wir verstehen uns nicht als linke Gruppe, die den Rassismus von Rechten aufzeigen möchte. Antimuslimischer Rassismus ist in der Mitte der Gesellschaft und auch bei sogenannten Linken zu finden.

FA!: Stoßt Ihr auch auf (unerwarteten) Widerstand bei anderen Menschen und lokalen Initiativen, aufgrund Eurer klaren Eingrenzung, anti-muslimischen Rassismus zu thematisieren?

NIR: Bisher haben wir viele positiven Reaktionen und von den sogenannten Anti-Deutschen hat uns auch noch keiner angegriffen. (Aber ich glaube kaum, dass uns

das Conne Island zu einer Diskussion einladen würde.)

FA!: Was versteht Ihr genau unter der sog. Islamophobie, der Ihr entgegenretet, und welchen Stellenwert hat dabei der Islam als Religion für Euch? Anders gefragt: Inwiefern/wann würdet Ihr generelle Religionskritik auch als Islamophobie beurteilen?

NIR: Wir verstehen unter Islamophobie Rassismus gegenüber MuslimInnen. Diesen Rassismus wollen wir aufzeigen und bekämpfen. Uns geht es dabei nicht darum, das Bild über den Islam „richtig zu stellen“. Wir können und wollen nicht für den Islam oder MuslimInnen sprechen.

Natürlich ist Religionskritik legitim. Aber was geläufig als Islamkritik verstanden wird, führt häufig zu pauschalisierenden Aussagen über MuslimInnen in Europa und Menschen von Marokko bis Indonesien. So beispielsweise, wenn die Analyse von islamischen Texten aus dem Mittelalter die Lebensweise und -vorstellungen von heute auf der ganzen Welt lebenden MuslimInnen erklären soll. Wenn also der

Islam auf Grundlage von religiösen Texten seiner Entstehungszeit als in sich abgeschlossener Kulturkreis mit patriarchalen, frauenfeindlichen oder homophoben Vorstellungen konstruiert wird, dann hört Religionskritik auf. Das Absurde ist ja gerade, dass „dem Islam“ von sogenannten Islamkritikern vorgeworfen wird, Menschen zu diskriminieren, mit dem Resultat, dass muslimische Menschen diskriminiert werden. Marwa el-Sherbini wurde umgebracht, weil sie ein Kopftuch trug und das Kopftuch als Zeichen islamischer Unterdrückung von Frauen gelesen wird. Durch unsere Interviews wissen wir von muslimischen Frauen, die Kopftuch tragen, dass sie häufig auf

der Straße belästigt und angegriffen werden und sich daher kaum vor die Tür trauen. Ich will damit sagen: Islamkritik, so wie sie betrieben wird, hat direkten Einfluss auf das Leben von MuslimInnen in Deutschland. Und nochmals: Marwa el-Sherbini wäre nicht ermordet worden, wenn diese Form von „Religionskritik“ ihr nicht die theoretische Grundlage bereitet hätte.

FA!: Wann und wo kann man Euch treffen, um mitzumachen?

NIR: Wir treffen uns jeden zweiten Donnerstag um 19 Uhr im Seminargebäude der Universität, im Raum 125. Auf unserer Homepage findet ihr den aktuellen Termin (<http://nir-leipzig.de/>).

FA!: Vielen Dank für das Interview :)

NIR: Vielen Dank für Euer Interesse!

momo

(1) <http://www.migazin.de/2010/12/03/islamophobie-2010-deutschland-ist-europameister/>

Anzeige

GRUPPE TAG

GENERATION OCCUPIED

14./15.12.2011 - 20:00 Uhr
UT CONNEWITZ

14./15.01.2012 - 20:00 Uhr
SPINNEWERK

29./30./31.01.2012 - 17:30 Uhr
naTo

www.gruppetag.de

Zur Sicherheit Nazis

Seine Mitarbeiter_innen kann man sich nicht immer aussuchen. Das zeigt auch der Zwischenfall, zu dem es am 18. 11. kam, bei einer Konzertveranstaltung der Leipziger *Bandcommunity* (ein Verein mit dem Ziel, die lokale Musikszene zu unterstützen) kam. Ein Mitglied der *Bandcommunity* beschreibt den Ablauf so:

„Gegen 20 Uhr stürmten einige verummumte Menschen in die Halle D und begannen einen der von der Firma *Idecon* geschickten Security anzuschreien und zu bedrohen. (...) Dass es sich bei der Situation um eine politisch motivierte Aktion handelte, war offensichtlich. Trotz der etwas nebulösen Aktion und Informationslage wurde der Mann durch uns sofort von der Tür entfernt. Ich hätte mir gewünscht, dass einer der Akteure die Möglichkeit gesehen hätte, sich Gesprächsbereit zu zeigen, um

auch uns über die Motivation der Aktion aufzuklären.“

Bis die Vorgänge geklärt waren, wurden sowohl der Security-Mann als auch sein von der selben Firma angeheuerter Kollege unbezahlt nach Hause geschickt. Eine richtige Entscheidung, wie sich zeigte: Der Security-Mann, der von den Verummumten angegangen worden war, ist aus der Chemnitzer Hooliganszene gut bekannt und machte dort z.B. wiederholt durch öffentliches Zeigen des Hitlergrußes auf sich aufmerksam. In einer Stellungnahme vom Folgetag äußerte sich die *Bandcommunity* dazu: „Im Vorfeld zur Buchung der Security wurde deutlich und speziell Wert darauf gelegt, dass es sich um 'saubere' Security handelt und dass sie weder in Kleidung, noch in Gesinnung dem extrem rechten Spektrum zuzuord-

nen sind. Dass uns die Firma *Idecon*, wie sich später herausstellen sollte, auf diese Anfrage hin gleich 2 (!!!) Angehörige der rechten Szene schickt, ist aus unserer Sicht nicht im Geringsten nachvollziehbar (...) Es ist seit dem ersten Tag der Vereinsarbeit klar, wo die BC politisch einzuordnen ist und was wir von unseren Security erwarten. Gerade vor diesem Hintergrund ist mir sowohl die Herangehensweise, als auch das Signal, welches die Firma *Idecon* mit dieser setzt, äußerst suspekt.“

Daher werde es keine weitere Zusammenarbeit mit dieser Firma geben, denn: „Weder die *Bandcommunity*, noch die komplette Nachwuchs-/Musik-/Underground-Szene in Leipzig braucht Nazis, welcher Couleur oder welches 'Härtegrades' auch immer.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

justus

Kriegspropaganda statt Sportjournalismus

Fußballdeutschland macht's möglich

Es gab sie schon immer – hysterische und reißerische Mediendebatten, in denen vor lauter Aufbauschen und Skandalisieren jede Differenzierung vergessen wird. Müßig also, mit Plädoyers für besonnenen und reflektierten Journalismus mal wieder an die Verantwortung der Medien zu appellieren. Müßig – aber nichtsdestotrotz notwendig. Womit das Fazit vorweggenommen wäre. Jetzt also zur Einleitung:

Bevor der Nationalsozialistische Untergrund seinen direkten Durchmarsch an die alleinige Spitze, den Thron der medialen Öffentlichkeit vollzog, beherrschte für mehrere Wochen ein Thema die Berichterstattung der Republik, welches ansonsten eher marginal in der Presse auftaucht: Fußballfans. Gewalttätige Fußballfans. Zündelnde Fußballfans. 'Sogenannte' Fußballfans. Gefährliche Fußballfans. Eine ganz schlimme Sache, der plötzlich vom hinterwäldlerischen Käseblatt bis zur renommierten überregionalen Wochenzeitung, vom öffentlich-Rechtlichen bis zum Privatsender nachgegangen wurde. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Gefährdung



unser aller Sicherheit sowie der Fortexistenz des Lieblingssports der Nation in Gestalt des marodierenden Fans zum vielbeschworenen Horrorszenario, dem sich dann folgerichtig nicht mehr nur das Medieninteresse widmete. Auch Politiker_innen allerorts richteten ihre empörten Blicke auf die besorgniserregenden Bilder. Gefordert wurde resolutes Durchgreifen und man überbot sich in Ankündigungen harter Sanktionen, die schnell den Rahmen des geltenden Rechts zu

sprengen drohten.

Anstoß für diesen Hype gaben die Vorkommnisse im Rahmen des DFB-Pokalspiels zwischen Dynamo Dresden und Borussia Dortmund. Hier wurde vor, bei und nach dem Spiel recht kräftig randaliert, es gab gewaltsame Auseinandersetzungen vorwiegend zwischen Fans und Polizei, es gab kaputtes Stadioninterieur und Verletzte, verstörte Unbeteiligte und unschuldig Betroffene. Das soll als Zusammenfassung reichen. Sich damit ganz bewusst dem Vorwurf der Relativierung und Verharmlosung aussetzend, kann man anfügen: solche Szenarien hat fast jeder Fußballfan und regelmäßige Stadionbesucher egal welcher Liga, welches Vereins und welchen Alters schon erlebt. Was der ganzen Sache jetzt aber eine, vermutlich sogar die, besondere Dosis Brisanz verlieh, war der Fakt, dass das Spiel live im ZDF übertragen wurde und damit jeder Fernsehzuschauer Zeuge des „Gewalt-Wahnsinns“ werden konnte. Das Spiel war ohnehin sehr gut besucht, die Livesendung vergrößerte das Publikum dann aber doch

ganz wesentlich und lud die Krawallmacher nochmal extra ein, diese Bühne auszunutzen. Wofür? Um ihre sinnlose Gewalt quasi in die Wohnzimmer der Menschen zu tragen. Schließlich handelt es sich bei diesen Fußballfans um ausgemacht rücksichtslose Gestalten. Bestes und viel bemühtes Beispiel dafür: der Umgang mit Pyrotechnik. Verwerflich genug, dass diese Personen Feuerwerkskörper benutzen, obwohl dies verboten ist und sie damit gegen die geltenden DFB-Vorschriften und die Stadionordnungen verstoßen. Sie nehmen auch die Gefährdung von



Gesundheit und Leben ihrer Mitmenschen in Kauf, indem sie eben dieses illegal eingeschmuggelte pyrotechnische Teufelszeug während ihrer Gewaltorgien abfackeln und umherschleudern. Da wird der Fanblock zum Schützengraben.

Dass Dresdner Fans beim besagten Skandalspiel dann auch neben all den anderen Exzessen bengalische Fackeln zün-

deten, bot somit auch zuerst dem ZDF und dann vielen anderen eine hinreichende Grundlage für Diffamierung und Kriminalisierung.

Die mehrwöchige „Krawall-Krise“ führte mitunter zu absurden Höhepunkten: So wurde das Kreisligaspiel Westfalia Wethmar – Blau-Weiß Alstedde irgendwo im Ruhrgebiet aufgrund der aufgedeckten Ankündigung von Bengalos durch Wethmarer Fans zum Hochsicherheitsspiel: „Im Internet sollen die Ultras zum Bengaloeinsatz aufgerufen haben. Die Vereine reagieren geschockt“, so die Lünener Regionalausgabe der Ruhrnachrichten. Hier schmunzelt man noch, während einen andere Meldungen dann doch ärgern. So schafft es der Autor in einem Kommentar der *Süddeutschen*, die Zwickauer Fans, die beim Spiel mit dem Gesang „Terrorzelle Zwickau, olé olé olé“ ihrer rechten Gesinnung Ausdruck verschafften, als „Brandstifter“ zu bezeichnen, gegen die eben genauso couragiertes Vorgehen vonnöten sei, wie gegen solche Fans, die Pyrotechnik nutzen – gegen „Brandstifter“ eben, die unseren schönen Sport kaputt machen.

Und gänzlich verfehlt kommt zwischenzeitlich der *Focus* daher, der unter dem unsäglichen Titel „Zeichen gegen Gewalt. Dortmund schickt Ultras nach Auschwitz“ vom vorbildlichen pädagogischen Umgang der Borussia zu berichten weiß. Deren Geschäftsführer erläutert die bewährte

Methode, den offenbar problematischen Anhänger_innen, die sich als nicht ganz so regelkonform erweisen, eine Bildungsfahrt nach Auschwitz zu zahlen und wird mit den Worten zitiert: „Dort haben alle vor Augen geführt bekommen, wo Gewaltexzesse hinführen.“ Hallo?

Wie eingangs festgestellt: Das ist alles nichts Neues. Empörungsjournalismus und dumme, undifferenzierte, hysterische, skandalisierende, verallgemeinernde mediale Ausgeburten sind alltäglich. Die Themen ändern sich, die Methoden bleiben. Aber das ist nicht nur kein Grund, es ist vielleicht sogar *der* Grund, sich immer wieder damit auseinanderzusetzen. Und einen besseren Journalismus einzufordern, der auch der Aufgabe gewachsen ist, sich der realen Probleme in den Fußballstadien anzunehmen, die es tatsächlich gibt und die sich eben nicht auf Gewalt und Feuerwerk herunterbrechen lassen. Ein Nazi, der nicht zuschlägt oder mit Böllern herumspielt, ist immer noch ein Nazi. Der Familienvater, der den Schiedsrichter als „schwule Sau“ beschimpft, braucht immer noch Nachhilfe in Sachen Homofeindlichkeit und Diskriminierung. Und die Presseleute, die in ihrer VIP-Lounge von afrikanischen Spielern als „schwarzen Perlen“ schwärmen, während Affenrufe durch Fanblocks schallen, ja, die sind leider auch immer noch da.

teckla

Trojanische Pferde aus Berlin

Als am 9. November 2006 im Bundesstag das „Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit“ verabschiedet wurde, hielten viele die darin enthaltenen Maßnahmen zur Überwachung der Kommunikation auf Computern (sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung, kurz Quellen-TKÜ) noch für nicht realisier- oder anwendbar.

Mit der geplanten Spionagesoftware (auch oft als Bundes- oder Staatstrojaner bezeichnet) sollte es Ermittlungsbehörden ermöglicht werden, die Kommunikation (z.B. über Internettelefonie wie Skype oder via

E-Mail) auf Computern noch vor dem Versenden bzw. Verschlüsseln abzugreifen. Begründet wurde die Notwendigkeit immer wieder mit der Verlagerung der Kommunikation krimineller und v.a. terroristischer Organisationen in das Internet und der Nutzung von bislang schwierig zu umgehenden Verschlüsselungsmethoden. Man wollte nicht schulterzuckend vor der Kryptographie kapitulieren und ließ sich so auf einen tiefgehenden Eingriff in die Privatsphäre der Bürger, nämlich deren Computer, ein.

Staatlicher Virus

Dabei sollte diese Software wie auch sonst bekannte Computertrojaner agieren, die ohne das Wissen der Computerbesitzer_innen installiert werden und anschließend Informationen (z.B. Eingaben auf der Tastatur) an die Gegenstelle liefern. Anti-Viren-Software hätte also versucht, den Staatstrojaner ebenso zu bekämpfen wie jeden anderen Virus. Der Anfrage von Sicherheitsbehörden an verschiedene Hersteller solcher Anti-Viren-Software wie z.B. *Kaspersky Labs*, den Bundestrojaner

doch „privilegiert“ zu behandeln, wurde jedoch eine Ablehnung erteilt. Somit ist nach aktuellem Stand meist ein physischer Zugriff auf den Zielrechner durch Ermittlungsbehörden vorausgesetzt (z.B. bei Flughafenkontrollen oder Hausdurchsuchungen) um den Trojaner installieren zu können.

Im Februar 2008 urteilte dann das Bundesverfassungsgericht anlässlich einer Klage nordrhein-westfälischer Abgeordnete gegen das nordrhein-westfälische Landesverfassungsschutzgesetz und die dort verankerte Regelung zur Online-Durchsuchung, dass bei diesen Maßnahmen die Kernbereiche privater Lebensgestaltung zu schützen seien. So dürften bei der Anordnung einer Quellen-TKÜ nur die wirklichen Kommunikationsvorgänge (also etwa Skype, Chats oder E-Mail) überwacht werden. Alle anderen Bereiche müssten jedoch unangetastet und das „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ gewahrt bleiben. Mit diesem Urteil war der formale rechtliche Rahmen für die Anwendung der Quellen-TKÜ ziemlich eng umrissen.

Multifunktionsüberwachung

Im Verlauf der Diskussion um den Staatstrojaner wurde den besorgten Bürgern auch immer wieder versichert, dass es nur eine handvoll solcher Maßnahmen bei Straftaten erheblichen Ausmaßes geben sollte. So blieb es dann in den kommenden drei Jahren bis zum Herbst 2011 relativ ruhig um das Thema „Staatstrojaner“. Erst als am 8. Oktober 2011 der Chaos Computer Club (CCC) die Analyse eines ihm zugespielten Staatstrojaners veröffentlichte, flammte die öffentliche Diskussion wieder auf.

In der Analyse wurde v.a. deutlich, dass die vom Bundesverfassungsgericht verfügte

Trennung von überwachbarer Telekommunikation und zu schützendem Kernbereich nicht angedacht war und die Überwachungssoftware „von Haus aus“ eine enorme Funktionsvielfalt mitbrachte. Die vorliegende Version konnte neben dem Abhören von Skype und vergleichbaren Programmen auch Dateien lesen und schreiben, sowie Bildschirmfotos (nicht nur z.B. des E-Mail-Programms sondern des gesamten Arbeitsumfelds, also womöglich auch Inhalte aus dem besonders schützenswerten Kernbereich des Lebens) anfertigen und an die Ermittlungsbehörden übertragen. Durch die Funktion des Dateizugriffs war außerdem auch die Möglichkeit zum Platzieren falscher Beweise gegeben. Weitergehend wurden eklatante Mängel bei der Sicherung der Software und in der Anwendung branchenüblicher Verschlüsselungsmethoden diagnostiziert. Diese führte so weit, dass der CCC mit einem eigenen kleinen Programm den Trojaner fernsteuern und Informationen vom infiltrierten Rechner abrufen konnte.

Nach ersten Dementi und ausweichenden Äußerungen von Bundes- und Landesbehörden zum Einsatz der Software, kamen nach einigen Tagen Details über die tatsächlichen Ausmaße der Nutzung der Spionagesoftware zu Tage. So soll diese in den Jahren 2008 bis 2011 bei knapp 100 Ermittlungsverfahren zum Einsatz gekommen sein. Das Verfahren, aus dem der dem CCC zugespielte Trojaner stammte, war im Bereich der Betäubungsmittel angesiedelt und in Bayern geführt worden – thematisch also weit von vermeintlich terroristischen Aktivitäten entfernt.

Regierende Sicherheitsbeamte?

Im Nachhinein wurde die Schuld für die

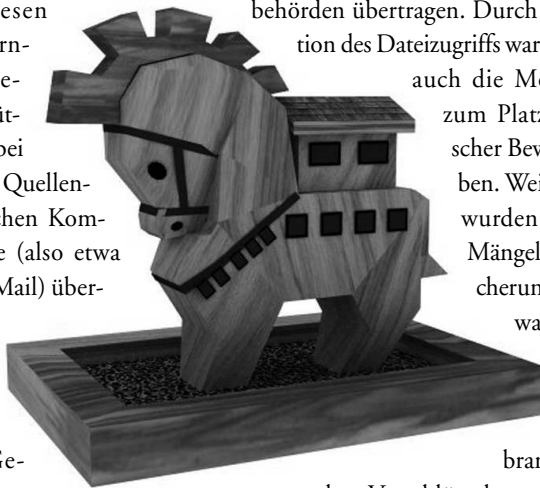
schlechte Qualität und den ausufernden Funktionsumfang des Staatstrojaners zwischen Ermittlungsbehörden, den gesetzgebenden Stellen sowie dem technischen Dienstleister *DigiTask* hin- und hergeschoben. Auffallend oft ist dabei von staatlichen Stellen die Auffassung vertreten worden, das technisch Mögliche auch stets umsetzen zu wollen. Zweifel an der Konformität mit der Rechtsprechung wurden dabei recht forsich beiseite gewischt, so wie es Hans-Peter Uhl (Vorsitzender der Arbeitsgruppe Innenpolitik der CDU/CSU im Bundestag) anschaulich darlegte: *„Es wäre schlimm, wenn zum Schluss unser Staat regiert werden würde von Piraten und Chaoten aus dem Computerclub, er wird regiert von Sicherheitsbeamten, die dem Recht und dem Gesetz verpflichtet sind.“* (Anlässlich der Debatte um die Trojaner-Analyse des CCC)

Die „regierenden Sicherheitsbeamten“ lassen das Bild eines Polizeistaats dann schon recht plastisch werden.

Aus dem bisherigen Kenntnisstand um das Thema „Staatstrojaner“ lassen sich somit vor allem oftmals bemühte Ermahnungen um vorsichtigen und kritischen Umgang mit der Kommunikation über Computer und Internet erneuern – Verschlüsselung von E-Mails und Daten sollten dabei zum Standard gehören.

Auch ein Bezug auf das Bundesverfassungsgericht als Schützerin grundlegender Bürgerrechte scheint im vorliegenden Fall nur für die nachträgliche juristische Auseinandersetzung von Bedeutung, wenn Ermittlungsbehörden ungeachtet vorliegender Urteile überbordend ausspionieren. Dass im Nachhinein die Maßnahme als unrechtmäßig verurteilt wird, macht die zuvor womöglich erfolgte Durchleuchtung von z.B. linken Strukturen, das Brechen von Vertrauen und die Bindung von Kräften für beispielsweise Antirepressionsmaßnahmen nicht ungeschehen. Also kann wieder mal nur geraten werden, sich nicht auf den „Rechtsstaat“ zu verlassen, sondern gerade in Bezug auf politische Arbeit selbst für die Sicherheit der eigenen Daten Sorge zu tragen.

Rote Hilfe Leipzig



Queere Radikalität – eine kurze Einführung

Warum queer nicht lesbischwul und auch keine akademisches Gedankenspiel ist, sondern radikale Praxis, die nicht immer mit Sex¹ und Gender² zu tun hat.

Bevor in den kommenden FA!-Ausgaben der queeren Szene Leipzigs auf den Grund gegangen werden soll, möchte dieser Artikel den Versuch wagen, das kritisch-radikale Potential von queer vorzustellen. Da queer vieles ist, nur nicht abschließend definierbar, kann dieser Text selbstverständlich nicht alle Facetten des Themas abdecken oder jede Interpretation des Begriffs berücksichtigen.

Beiträge zu queer strotzen oft nur so von Fremdworten und Fachvokabular – und schließen damit von vorneherein Leser_innen aus, die sich nicht bereits mit dem Thema beschäftigt haben. Unsolidarisch soll dieser Artikel nicht sein, weshalb das Ziel ist, möglichst wenig Fachvokabular zu nutzen, bzw. dieses wenigstens zu erklären.

Geschichtliches

Die Bezeichnung *queer* findet sich oftmals auf Flyern von diversen Partys und Clubs – gemeint ist in diesem Zusammenhang meistens schwul-lesbisch, wobei queer kürzer, schnittiger und moderner wirkt als die altbackene Sammelbezeichnung. Der Ursprung des Wortes ist jedoch alles andere als aktuell: im 16. Jahrhundert entwickelte es sich im englischen Sprachraum – wenig überraschend – aus dem deutschen Wort „quer“. Queer wurde wesentlich abwertender genutzt als das deutsche Pendant, bezeichnet wurden damit alle möglichen Querulant_innen, die nicht in gängige Normen passten, unter anderem Schwule, Lesben und andere „Perverse“.

In den 1960er Jahren etablierte sich die Lesben- und Schwulenbewegung, die Ende der 60er, Anfang der 70er einige Erfolge erzielte und zu einem liberaleren Klima gegenüber Homo- und Bisexuellen beitrug. In den 80er Jahren begann in den USA, mitbedingt durch die AIDS-Krise, eine konservative, christliche und homo-feindliche Politik zu erstarken. AIDS wurde als Strafe Gottes bezeichnet, Schwule als Seuchenherde gebrandmarkt und Analverkehr als ausschließlich schwule und

tödliche Sexpraktik gesehen. In dieser feindlichen Atmosphäre rückte die LGBT-Community näher zusammen.

Gleichzeitig wurden auch Teile der LGBT-Community (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*-Gemeinschaft³) auf Normen aufmerksam, die in der Szene herrschten. Die Community war nach außen schon immer mehr schwul als lesbisch, eher homo als trans* – nach und nach wurden auch vermehrt diese Kategorien in Frage gestellt. Welche Normen mussten erfüllt sein, um bspw. als „richtige“ Lesbe zu gelten? Durften Lesben lange Haare haben? Sex mit Männern, Trans*personen, etc. (gehabt) haben? Transfrauen⁴ sein? BDSM⁵ oder gar Pornographie mögen?

Queer Movement gegen den Homo-Mainstream

Es begannen Menschen nach Sichtbarkeit und Solidarität zu streben, die sich in der LGBT-Community nicht zu Hause fühlten. Zu diesen zählten jene, die sich nicht als LGBT definierten, aber trotzdem von der Mehrheitsgesellschaft geächtet wurden: bspw. Heteros mit polyamorösen⁶ Beziehungen, Asexuelle⁷ oder BDSMler_innen.

Andere waren zwar schwul, lesbisch, bi und/oder trans*, wurden von der Mehrheit der Szene aber nicht angenommen.

Gründe für eine solche Ablehnung waren bspw. Hautfarbe, Alter, Behinderungen oder positiver HIV-Status.

Der LGBT-Mainstream war größtenteils weiß und kam aus der Mittelschicht, was sich auch in den politischen Forderungen und dem Ignorieren von Mehrfachdiskriminierungen

zeigte. Die Forderung der Mainstream-LGBTs nach „Gleichstellung“ mit Heteros zog von Teilen der Szene die Frage nach sich, wer denn mit wem gleichgestellt werden sollte. Während bspw. weiße Männer es gewohnt waren, dass sie der Standard waren und ihnen allein aufgrund ihrer Homosexualität die üblichen Privilegien verwehrt blieben, war eine schwarze Lesbe in einer ganz anderen Situation. Sie musste nicht nur die Hürde der Homo-feindlichkeit überwinden, sondern auch noch gegen Sexismus⁸ und Rassismus kämpfen – nicht nur im Alltagsleben, sondern auch innerhalb der Szene! Die Vielschichtigkeit der Wünsche und Ausgangspunkte der unter „LGBT“ zusammengefassten Menschen wurde unter dem Sammelbegriff unsichtbar, es schien als sei Homo-feindlichkeit das einzige Hindernis, das alle LGBT von der Teilnahme am schönen Leben der „Normalbürger“ trennte. Die Probleme der nicht privilegierten Menschen und ihre Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, das neben Heterosexualität und dem Zwei-Geschlechter-Modell auch weiße Hautfarbe, „normales“ Sexualverhalten, Monogamie, gesunde, nichtbehinderte Körper, Vermögen, usw. als Norm voraussetzte, wurden kein Teil der medial wahrgenommenen Äußerungen und Forderungen der LGBT-Community. Den Kampf für jene vernachlässigten Gruppen nahmen Bewegungen wie „ACT UP“ auf, die sich vor allem für die Belange von HIV-positiven Menschen einsetzten und der Ächtung von selbstbestimmten Lebensweisen und lustvollem Sex ebenso entgegentraten wie geldgierigen Pharmakonzernen, die von der AIDS-Krise profitierten. In diesem Umfeld wurde wiederholt auch queer als Gruppenname oder als positive Selbstbezeichnung genutzt, mit der sich auf kritische Weise



vom heterosexuellen wie auch mitunter vom LGBT-Mainstream abgegrenzt wurde.

Queer wurde immer häufiger zur Beschreibung von Handlungen und Personen genutzt. Zudem entwickelten sich im akademischen Bereich zu Beginn der 1980er aus den „Gay and Lesbian Studies“ die „Queer Studies“ als fächerübergreifende Disziplin. Anfang der 90er kam das Theorienbündel „Queer Theory“ hinzu, das sich aus der queer-feministischen Kritik an der Gleichsetzung von biologischem und sozialem Geschlecht entwickelte.

Und heute?

Heute ist der Begriff queer ebenso umstritten wie vielfältig interpretiert. Die Bedeutungsspanne reicht von lesbisch bis zum Hinterfragen jeder vermeintlichen Gewissheit.

Einen Einblick aus der queeren Praxis, der zeigen kann, dass queer nicht gleich queer ist, fand sich im 35. heiter-scheitern-Podcast.

Im diesem queeren Podcast stellten die Podcaster_innen, die sich vornehmlich in der Hamburger Queerszene bewegen, sogar lokale Unterschiede im Verständnis von queer fest. Bei einer queeren Performance, auf einer dezidiert queeren Veranstaltung in Bremen, wurden sie vom Publikum schlichtweg nicht verstanden, obgleich ihre Auftritte im ähnlichen Rahmen in Hamburg großen Anklang fanden. Sie führten den Unterschied in der Wahrnehmung auf die Zusammensetzung und Einflüsse der lokalen queeren Gruppen zurück. Während es in Hamburg unter anderem einen großen Einfluss der akademischen Queers auf die Szene und Veranstaltungen gäbe, sei das Publikum der Bremer Veranstaltung vor allem aus dem lesbischwulen Bereich gekommen.

Die Soziolog_innen Hieber und Villa beschreiben die komplizierte Beziehung von queer zu „lesbisch“:

„Queer steht nicht für die schlichte Bindestrich-Zusammenführung von „schwul-lesbisch“, obwohl auch dies eine Dimension queerer Praxis darstellt, sondern für eine vielfältige, herrschaftskritische, um prozessuale Reflexivität bemühte Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken moderner Identitätslogiken und ihrer histori-

schen Materialisierung vor allem im Bereich von Sexualitäten und Geschlechtern.“⁹ (Hieber, Villa (2007) S.8)

Ihrer Meinung nach gehört zu queer also immer auch die Auseinandersetzung mit der Herstellung von Identitäten und die Frage, in welche Machtstrukturen diese Identitäten eingebettet sind. Lesbischwul kann ihrer Meinung nach also sowohl queer als auch dezidiert unqueer sein.

Wenn Bisexuelle, Lesben und Schwule heterosexuelle Normen in Frage stellen, wenn bspw. lesbische Pärchen zusammen eine (primär heterosexuelle) Tanzstunde besuchen, so kann dies als queere Praxis bezeichnet werden, Normen („der Herr führt“, ...) werden in Frage gestellt.

Gleichzeitig kann die Zuschreibung „schwul“ oder „lesbisch“ auch vorherrschende Normen stärken, wenn beispielsweise durch das Festlegen der eigenen Geschlechtsidentität und dem Begehren einer einzigen anderen Geschlechtsidentität das System der Zweigeschlechtlichkeit und die Annahme des unveränderlichen, angeborenen Geschlechts untermauert wird. Die Praxis, Homosexualität und Heterosexualität als angeboren und unveränderlich darzustellen, führt dazu, dass Menschen ausgegrenzt und in ihrer Entfaltung eingeschränkt werden, bei denen die Lage nicht so eindeutig ist. Wer sich folglich nicht nur zu einem bestimmten Geschlecht hingezogen fühlt, wer schwul ist und auch gerne Sex mit Genderqueeren¹⁰, Tunten, Frauen und Heterokern hat, läuft Gefahr kein „richtiges“ Mitglied der Szene zu gelten und mit der Forderung konfrontiert zu werden, sich endlich mal zu entscheiden.

Zur Auseinandersetzung mit Identität gehören im queeren Kontext auch das Hinterfragen der Verbindung von bei der Geburt zugewiesenem und gelebt/n Geschlecht/ern, sowie die Verquickung von Geschlecht und Begehren. Während Schwule Frauen (GirlFags) und Lesbische Männer (GuyDykes) in lesbischwulen Zusammenhängen oft nicht verstanden werden, wenn dort bestenfalls Transgender bekannt sind, können sie in queeren Räumen darauf hoffen, niemanden durch ihre Existenz zu verängstigen und daraus resultierende Diskriminierung zu erleben. Sicher ist aber auch dies nicht, da jede_r ein

eigenes Verständnis von queer hat.

In dem Artikel „Lieber ein Fähnchen im Wind“ in der Zeitschrift Phase 2 be-



schreibt die Autorin Katrin Köppert das ständige Hinterfragen jeder Norm, das Nichtakzeptieren von „Natürlichkeiten“ (wie bspw. Geschlechtsidentität) und das Sichtbarmachen von Macht und Privilegien als wichtigste Teile von queer. Queer könne nicht greifbar sein, da es sich selbst immer wieder verändere, die queeren Aktivist_innen zur andauernden Reflexion der eigenen Position zwänge. Sie vertritt die Ansicht, dass queer auf diese Weise nie so konsumierbar werden könne wie es lesbischwul teilweise sei, was sich auf teuren Parties und kommerziellen *Christopher Street Days* zeige. Queer könne nie zu einer starren Identität verkommen, die man mit Normen und Annahmen füllt. Queer bleibe stets das Infragestellen jeder Norm – und auch das Hinterfragen der eigenen Positionen, das Analysieren der eigenen Verstrickung in Machtverhältnisse. Sie fordert dazu auf, sich nicht an überholte Positionen und Identitäten zu klammern und lieber ein „Fähnchen im Wind“ zu sein, sich neuen Erkenntnissen anzupassen. Auch das Verweigern einer festen Identität könne eine queere Handlung sein, vielleicht die provozierendste von allen.

Ferner äußert sie Kritik an der Homonormativität der LGBT-Community, also die in der Szene herrschenden Normen und die Annahme, dass alle die gleichen Forderungen hätten. Sie lenkt das Augenmerk auf das aus den 1980ern bekannte Problem der Unsichtbarkeit vieler Bisexueller, Lesben und Schwuler, die nicht die gleichen Privilegien genießen wie ein Großteil der Szene. Wenn homonormative Personen die Gleichstellung von Homos und Heteros forderten, so würde der zweite Schritt vor dem ersten gegangen. Die



Herrschaftsverhältnisse und die Ausschlüsse der (weißen, heterosexuellen, „gesunden“, wohlhabenden,...) Mehrheitsgesellschaft würden einmal mehr als Ideal gesetzt und reproduziert, mehrfach diskriminierte Menschen sich selbst überlassen. Von queerer Seite aus könne so nicht gehandelt werden, vielmehr sei eine Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen (und ihrer angeblichen Natürlichkeit) notwendig, um die Situation aller Menschen zu verbessern. Solches Hinterfragen beschränkt sich nicht auf die Kategorien Geschlecht und sexuelles Begehren, sondern kann auch die Natürlichkeit von Lohnarbeit, Landesgrenzen usw. betreffen. Für Köppert steht fest, „dass queer sich niemals auf gegebene, natürliche, selbstverständliche Verhältnisse bezieht, sondern auf konstruierte und produzierte Verhältnisse im Gewand des Natürlichen.“ (Köppert, 2009)

Obgleich queer also nichts Unumstößliches kennt, setzen Queere sich nicht dafür ein, alle Menschen ihrer Identität/en zu berauben. Die heiter-scheitern-Podcaster_innen betonen, dass Identitäten von queerer Seite zwar hinterfragt und analysiert werden, aber nicht abgeschafft. Allein das Fremdzuweisen von Eigenschaften anhand von Identitätsmerkmalen (bspw. die Idee, alle Schwule wären einerseits Männer mit normierten, männlichen Körpern und interessierten sich ausschließlich für ihresgleichen und hätten

keine sonstigen Identitäten neben der des Schwulen) und die damit einhergehende Unsichtbarkeit von anderen Identitätsfacetten wird abgelehnt. Gleichzeitig möchte queer nicht Gefahr laufen, ebenfalls eine Identität zu sein. Im heiter-scheitern-Podcast wird argumentiert, dass queer Handlung ist, nicht Sein. Wenn queer doch als Identität genutzt wird, so ist zu befürchten, dass der_die Queere sich in dieser Identität ausruht, das kritische Betrachten der eigenen Position und damit einhergehender Normierungen, Ausschlüsse und Machtstrukturen einschläft.

Fazit

Bei aller Kritik an lesbischwul sollte noch erwähnt werden, dass Homosexualität weiterhin eine wichtige und eigenständige Kategorie bleibt, da queer oftmals zu niedriglich, zu ungefährlich ist, als zu unpolitisch wahrgenommen wird – irgendwie hip, aber doch nichts, was die heterosexuelle Norm und den Status quo gefährden würde. Sowohl queer als auch „lesbisch“, „schwul“ und „bisexuell“ werden weiterhin gebraucht, sind keineswegs deckungsgleich.

Die queere Community zieht sich teilweise zu häufig in universitäre Schutzräume zurück, anstatt ihr kritisches Potential auszuspielen. Außerdem beschäftigt sie sich vorrangig mit weißen Mittelschichtpositionen und wenig mit marginalisierten Positionen, die nicht alle in der Community gleichermaßen betreffen.

Queer ist also radikaler als es oftmals gelebt wird – das muss nicht so bleiben. Denn queer ist keine Identität – sondern die Praxis des immerwährenden Hinterfragens und Dekonstruierens.

Und auch dieses Fazit ist, wie zu Beginn des Textes bereits angekündigt, nur eine Möglichkeit queer zu verstehen.

Verwendete Texte und Podcasts:

- heiter scheitern(2011): 35 – antiqueer, scheitern.org/?p=265.
- Köppert, Katrin(2009): *Lieber ein Fähnchen im Wind*, <http://phase2.nadir.org/rechts.php?artikel=677>.
- Hieber, Lutz; Villa, Paula-Irene (2007): *Images von Gewicht. Soziale Bewegungen, Queer Theory und Kunst in den USA*. Bielefeld: Transcript.
- Voß, Heinz-Jürgen(2011): *Weg mit dem Queer*

Ding. Ansätze für eine queere Kapitalismuskritik, leipziger-kritiken.de/2011/01/queering.

- 1 Englisch für „körperliches Geschlecht“.
- 2 Englisch für „soziales Geschlecht“, je nach Zusammenhang ist damit gefühltes Geschlecht und/oder von anderen wahrgenommenes Geschlecht gemeint.
- 3 Seit Bestehen dieser Bezeichnung wird kritisiert, dass die Szene das „T“ für Transgender oftmals nur als schmückendes Beiwerk benutze. Transgender würden letztlich häufig in Forderungen nicht mitgedacht und innerhalb der Szene diskriminiert.
- 4 Frauen, die bei der Geburt dem männlichen Geschlecht zugeordnet wurden.
- 5 BDSM ist die Abkürzung der Begriffspaare „Bondage & Discipline, Dominance & Submission, Sadism & Masochism“ und dient als Überbegriff für vielfältiges sexuelles Begehren, das sich unter anderem mit Machtgefällen und Schmerz beschäftigt
- 6 Polyamory steht für das Begehren oder die Praxis, Beziehungen zu mehreren Menschen gleichzeitig zu haben/haben zu können.
- 7 Als asexuell bezeichnen sich Menschen, die kein Interesse an Sexualität mit anderen Menschen haben, wobei es verschiedene Abstufungen und Ausprägungen des Sexualtriebes und der emotionalen Zuneigung zu anderen Menschen gibt.
- 8 Die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund von Geschlecht.
- 9 Hieber, Lutz; Villa, Paula-Irene (2007): *Images von Gewicht. Soziale Bewegungen, Queer Theory und Kunst in den USA*. Bielefeld: Transcript.
- 10 Menschen, die sich im rigiden Zweigeschlechtermodell nicht wiederfinden.

joseph_ine

In der kommenden FA!-Ausgabe wird es ein Interview mit zwei Organisator_innen der queeren Mittwochskneipe „joseph_ine“ geben.

Diese findet jeden Mittwoch ab 20.00 in der Josephstraße 12 statt. Entweder gibt es einen gemütlichen Kneipenabend oder diverse Veranstaltungen, die sich auf der Webseite einsehen lassen: we.riseup.net/quefemleipzig

Die joseph_ine sucht auch noch Unterstützung, wer helfen möchte kann einfach vorbeikommen und die Leute kennen lernen.

Termine in der zweiten Dezemberhälfte:

- 21.12. – 20:00 streetart+backart by ladyfestcrew
- 28.12. – 20:00 riot grrrl-filmabend #2
- „Rise Above: The Tribe 8 Documentary“, 2004, Tracy Flannigan (Doku, OT Englisch)

Wandern für den Standort

Arbeitsmigration und Migrationspolitik in Deutschland

Eigentlich schien es kaum jemand zu interessieren, als am 1. Mai diesen Jahres nach siebenjähriger Verzögerung auch in Deutschland die sog. Arbeitnehmerfreizügigkeit für Lohnabhängige aus osteuropäischen EU-Staaten in Kraft trat. Diese brauchen nun keine Arbeitserlaubnisse mehr, um hierzulande eine Tätigkeit aufnehmen zu können. Na gut, die Gewerkschaften warnten vor möglichem Lohndumping, und in mehreren Städten demonstrierten am 1. Mai Neonazis unter dem Motto „Fremdarbeit stoppen!“ für ihr Recht, als Deutsche von deutschen Kapitalist_innen bevorzugt ausgebeutet zu werden.

Zu einem großen Ansturm osteuropäischer Arbeitssuchender kam es aber nicht. Kein Wunder, denn Deutschland hat sich auch so schon längst zum Europameister in Sachen Lohndumping entwickelt: Während die Reallöhne in allen anderen EU-Staaten stiegen, sanken sie hierzulande von 2000 bis 2010 um etwa 4%. Mittlerweile haben sich deswegen z.B. die polnischen und die deutschen Durchschnittslöhne soweit angeglichen, dass sich die Auswanderung nach Deutschland schlicht nicht mehr lohnt.

Und wo ein besonderer saisonaler Bedarf an Hilfskräften bestand (etwa bei der Spargel- oder Erdbeerernte), konnten die Unternehmen auch vorher schon Saisonarbeiter_innen für bis zu sechs Monate anstellen – Deutschland schloss schon in den 90er Jahren entsprechende Verwaltungsabsprachen u.a. mit Tschechien, Polen, Ungarn, Rumänien, Slowenien und Kroatien ab. Dies betraf vor allem niedrig qualifizierte Tätigkeiten, für die sich aufgrund der schlechten Bezahlung nicht genug inländische Arbeitskräfte finden ließen.

Der gemeinsame europäische Arbeitsmarkt vergrößert nun zwar kurzfristig die Zahl der potentiellen Bewerber_innen, dürfte aber auch dazu beitragen, dass sich die Lebensverhältnisse in den einzelnen EU-Staaten langfristig angleichen. Und damit schwinden für die Lohnabhängigen die

Anreize zur Migration, während für die Unternehmen die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte immer weniger Vorteile bringt. Schon jetzt klagt z.B. der *Verband Süddeutscher Spargel- und Erdbeeranbauer*, dass es immer schwieriger werde, Arbeitskräfte aus EU-Vertragsstaaten zu gewinnen und fordert darum, die bestehenden Anwerbeprogramme auch auf Weißrussland und die Ukraine auszudehnen.

Weitere Vorschläge kommen vom *Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* (SVR), einem regierungsnahen Think Tank. Im September 2011 veröffentlichte dieser eine Studie, mit der „Chancen, Grenzen und Zukunftsperspektiven für Programme zirkulärer Migration“ ausgelotet werden sollten. Zirkuläre Migration, die durch Abkommen mit anderen Staaten geregelte, zeitlich begrenzte (auch mehrmalige) Ein- und Auswanderung von Arbeitskräften, böte nicht nur die Möglichkeit einer verbesserten Zuwanderungssteuerung, sondern soll auch die wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer befördern. Ziel sei also „eine Triple-Win-Situation, in der Herkunfts-, Aufnahmeländer und Migranten gleichzeitig von den mehrfachen Wanderungen profitieren.“

Entsprechende Programme sollten, so der Vorschlag des SVR, in einem Pilotprojekt getestet und wissenschaftlich evaluiert werden. Daran sollen zunächst 500 bis 1000 Personen teilnehmen, vor allem „Migranten mittlerer Qualifikation in Branchen, die für Deutschland und ein potenzielles Herkunftsland interessant sind: Gesundheitssektor [...] Tourismus, Metallverarbeitende Industrie,

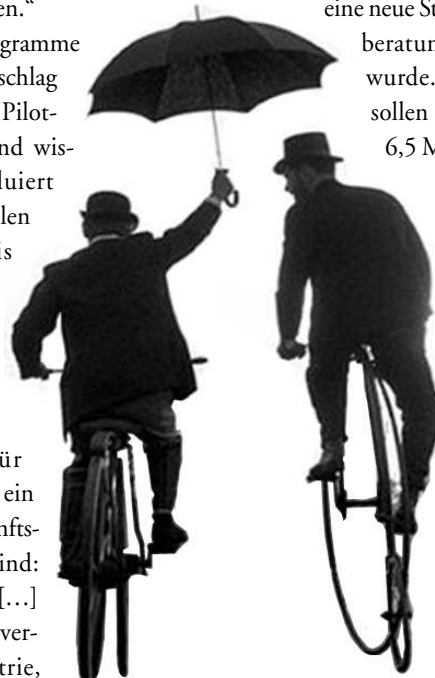
KFZ-Sektor.“ Eine mehrfache Ein- und Ausreise sei aus entwicklungspolitischer Perspektive erwünscht. Die Dauer des Aufenthalts sollte aber jeweils nicht mehr als zwei Jahre betragen und vor allem „eine maximale Dauer von fünf Jahren nicht überschreiten, da sonst gemäß EU-Daueraufenthaltsrichtlinie (2003/109/EG) ein Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt entsteht.“

Während bei nicht oder niedrig qualifizierten Arbeitskräften also Wert darauf gelegt wird, dass sie das Land irgendwann wieder verlassen, sieht das bei Fachkräften anders aus. Hier werden seitens der Wirtschaft dauerhafte Möglichkeiten des Aufenthalts gefordert, da sonst zu viele Bewerber_innen abgeschreckt würden und es zudem unnötige Kosten erzeugen würde, ständig neue Expert_innen einzuarbeiten.

Seitens der Politik wird bereits Entgegenkommen signalisiert. „Die Fachkräftesicherung wird die zentrale Herausforderung der kommenden Jahrzehnte werden. Wenn wir nicht handeln, wird der Mangel zur Wachstumsbremse“, erklärte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auf einer Pressekonferenz, bei der eine neue Studie der Unternehmens-

beratung *McKinsey* vorgestellt wurde. Dieser Studie zufolge sollen bis zum Jahr 2025 etwa 6,5 Mio. Arbeitskräfte fehlen, davon 2,4 Mio. Akademiker_innen.

Als Antwort darauf erklärte von der Leyen am 22. Juni, beim sog. „Fachkräftegipfel“ in Meseberg, dass für Metall-, Fahrzeugbau- und Elektroingenieure sowie Ärzte künftig die sog. Vorrangprüfung (also der Nachweis, dass es für die betreffende Stelle keine geeignete Bewerber_innen



ber_in mit deutscher Staatsangehörigkeit gibt) entfallen solle.

Aber auch der sächsische Innenminister Markus Ulbig sorgt sich um Zukunft des Standorts: Schon im April brachte er eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat ein, die Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtern soll. Während diese bislang ein jährliches Mindesteinkommen von 66.000

Euro nachweisen müssen, um eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, soll nach Ulbigs Plänen diese Summe künftig bei 40.000 Euro im Westen und 35.000 im Osten liegen. Fachkräfte mit Arbeitsvertrag sollen zunächst für zwei Jahre bleiben und nach deren Ablauf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen können. Zudem soll das Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Schon seit Herbst sind die sächsi-

schen Ausländerbehörden angewiesen, das Verfahren in maximal vier Wochen zu erledigen.

Ein grundlegender Wandel der deutschen Einwanderungspolitik ist das allerdings nicht – die altbekannte Unterscheidung zwischen „Ausländern, die uns nützen, und solchen, die uns ausnützen“ soll künftig nur ein wenig effizienter getroffen werden.

justus

Weihnachtszäsur eines Versandriesen

AMAZON: prekäre Beschäftigungspolitik, fragwürdiges Sortiment und skandalöse „Geschäftsbeziehungen“

Der Global Player *Amazon.de* beliefert die ganze Welt. Logistikcenter und Internet-Shops konzentrieren sich zwar auf industrialisierte Länder. Aber um den Profit weiter nach oben zu treiben, ist *Amazon* mittlerweile nicht mehr nur Großhändler, sondern auch sein eigener Warenproduzent – das allerdings in den weniger kaufkräftigen Ländern dieser Welt. Denn klar, je mehr Eigenprodukte billig produziert und unter erdachtem Namen verkauft werden, um so aggressivere Preispolitik lässt sich betreiben und der Mehrfachverdienst erhöht sich.

Wer sich dadurch nicht beirren lässt und die Gaben unterm Baum beim Giganten bestellt, sollte sich die Tatsache der großflächig gefälschten Produkt- und besonders Bücherrezensionen durch den Kopf gehen lassen. Und sicherlich hat auch *Amazon* Richtlinien über den Umgang mit anstößigen Inhalten. Was jedoch gilt im Sinne des Unternehmens als „anstößig“ und wird vom Verkauf ausgeschlossen? Sicher sind das nicht tierquälerische Produkte wie Pelze, denn die werden weltweit unkommentiert gehandelt. Genauso wie in Deutschland *Thor-Steinar*-Artikel sowie haufenweise Bücher und Tonträger des NPD-eigenen „Deutsche Stimme-Verlag“. Dermaßen anzüglich, dass sie nicht in den Warenkatalog gehören, sind hingegen bestimmte „linke“ Bücher. Oder aber jegliche homosexuelle Buch-Titel, die in den USA zeitweise ganz und gar aus dem Sortiment verschwunden waren.

Nun ja, dafür ist *Amazon* jetzt ganz groß

im Lebensmittelgeschäft. Liefern sich Supermärkte und Discounter um die Ecke noch harte Preiskämpfe auf dem Nahrungsmittelmarkt, erfreut sich der Magnat trotz spärlicher Produktinformationen, hoher Versandkosten und langer Lieferzeiten eines reißenden Absatzes.

Wen das nun immer noch immer nicht hindert, Einkäufe fürs bevorstehende Schenkefest via *e-commerce* bei *Amazon* zu tätigen, sehe sich doch mal die Beschäftigungspolitik näher an:

Die globalen Geschäftsziele setzt netterweise die US-Führung fest: mehrheitlich befristete Verträge bei 50 bis 60 Wochenarbeitsstunden, Nachtschichten, Überstunden und Abmahnungen bei Nicht-Erreichung von Zielvorgaben. All das zum freundlichen Tarif von Leiharbeitsfirmen, deren Gehaltsordnung noch unter der von *LIDL* liegt.

In Großbritannien reicht schon eine Woche Grippe zur Entlassung trotz ärztlicher Bescheinigung, da Strafpunkte für jeden Fehltag erteilt werden.

In Deutschland hingegen werden speziell in der Vorweihnachtszeit Deals mit Jobcentern eingegangen: In den Versand- und Logistikzentren werden für das Weihnachtsgeschäft tausende Arbeitslose als Saisonkräfte für drei Monate eingestellt. Aber erst

nachdem in einer zweiwöchigen Trainingszeit auf Probe und ohne Lohn gearbeitet wurde. Von genau jenen Personen, die als Saisonkräfte schon in vergangenen Jahren unter denselben Bedingungen beschäftigt waren und die die Betriebsabläufe eigentlich kennen. All das bei circa sieben Milliarden Jahresumsatz des Konzerns.

Und wer nun noch immer eine weihnachtliche Konsum-Orgie bei *Amazon* abhalten will, sollte sich zumindest noch der besonders neugierigen und datenhungrigen Methoden des Konzerns bewusst sein. Mittlerweile werden nicht mehr nur die Bestelldaten der Kunden für eigene Marketingzwecke genutzt, sondern ein gigantischer Datendeal mit *Facebook* wurde geschlossen. Bestellvorlieben, Freundesnetzwerke, Gruppen, Mitgliedschaften und gefällt-mir-Buttons – alles kommt in

einen Topf. Schade nur, dass diese Transparenz WikiLeaks nicht zu Gute kam, sondern *Amazon* hier den Server abschaltete.

Naja, wohl dem, der gerne super günstig knisternde Synthetikjacken online bestellt. Es gibt NICHTS, was sich nicht bei *Amazon* kaufen lässt. Merry X-MAS!

mona d.



„On ne lâche rien!“

Widerstand gegen Flughafenbau in der Bretagne

Auf 2000 Hektar sollen Wälder, Kuhweiden und kleine Dörfer für einen neuen Luftverkehrsknotenpunkt weichen. Die Opposition dagegen hält nach vier Jahrzehnten bis heute an – und verwandelt das Gebiet in die „Zone, die es zu verteidigen gilt“ („Zone A Defendre“), kurz ZAD. Ein kurzer Abriss über die Hintergründe und die derzeitige Situation vor Ort.

Ein Flughafen, an dem man die Vögel der umgebenden Felder zwitschern hört, die Parkplätze vor saftig grünem Rasen strotzen, das Warten mit dem Besuch eines Landlebenmuseums verkürzt wird und die Empfangshalle mit dem Holz aus den Wäldern, die für den Bau des Flughafens weichen mussten, beheizt wird. Und Solarzellen auf dem Dach, logo. Da dürfte das gute Öko-Gewissen trotz Vielfliegerei befriedigt sein. Ein Flughafen im Grünen. So zumindest die Vision des multinationalen Konzerns *Vinci (1)*, dem im Juli 2010 der Vertrag für Bau und Inbetriebnahme des Großprojektes „Aéroport Grand-Ouest“ im Nordwesten Frankreichs zugespielt wurde. Neben einem internationalen Flughafen soll dieser einen neuen Autobahnzubringer sowie eine Hochgeschwindigkeitszugstrecke enthalten. Seit 40 Jahren ist das Projekt auf der Agenda der regierenden Politiker_innen. Dabei wird vor allem damit argumentiert, dass der bestehende Flughafen bald ausgelastet sein könnte. Das bisher nur knapp 300.000 Einwohner zählende Nantes will zum wirtschaftlichen Drehkreuz im Westen Frankreichs aufsteigen und sich mit Metropolen wie Paris und Marseille messen können. Um die etwas angestaubten und unaktuell gewordenen Pläne der 60er Jahre wieder neu auflegen zu können, brauchen sie einen grünen Anstrich: „Ökometropole“ will man jetzt sein,

und somit
sind auch
sämt-



liche Größenwahnsinnigen Infrastrukturprojekte machbar, solange sie unter „hohen Umweltstandards“ vermarktet werden.

Résistance

Doch dagegen regte sich Widerstand. Ende der 60er Jahre, als die Anwohner_innen eines Morgens von den Plänen aus der Zeitung erfuhren, gründeten sich vor allem Zusammenschlüsse aus Bauern, die mit zahlreichen Aktionen ihren Widerstand demonstrierten. Dieser knüpfte zum Teil an eine Tradition von sozialen Kämpfen an, in der streikende Arbeiter_innen und Landwirt_innen sich insbesondere hier in der Region stark vernetzten.

Nachdem das Projekt infolge der Ölkrise (Anfang der 70er) eingemottet und im Jahr 2000 neu aufgelegt worden war, hat sich diese Situation jedoch erheblich verändert. Viele Bauern sind nicht mehr aktiv, viele Bewohner_innen haben resigniert. Eine Bürgerinitiative versucht eher auf legalistischem Wege vorzugehen. Der Widerstand radikalisierte sich jedoch erneut, als 2009 dann tatsächlich die ersten Vorarbeiten für das Projekt auf dem Gelände stattfanden. Teile der lokalen Bevölkerung, aber auch Aktivist_innen aus Nantes und Umgebung, die davon erfuhren, versuchten sich den Bohrungen für Bodenproben teilweise direkt in den Weg zu stellen, was verschiedene Gegner_innen des Projektes neu zusammenbrachte. Die seitdem bei ähnlichen Ereignissen starke Polizei- und Militärpräsenz, die die Arbeiten schützen

soll, verstärkte zudem die Wut bei vielen. Als im Sommer 2009 das erste französische „Camp Action Climat“ stattfand, kam vor

allem aus den Reihen der lokalen Bevölkerung der Anstoß, kollektiv und massenhaft leerstehende Häuser und brachliegende Felder der ZAD zu besetzen. Bauernhöfe wurden wieder in Stand gesetzt, Baumhäuser und Lehmhütten gebaut, Wägen und Jurten aufgestellt. Seit über zwei Jahren intensivierten sich so Leben und Aktivitäten auf dem Land, das ansonsten der Zerstörung ausgeliefert wäre. So entstand ein weitläufiges Dorf mit Gemeinschaftsküchen und kollektiven Gärten, Bäckerei und Bibliothek, Fahrradwerkstätten und vielem mehr. Die Menschen, die diesem Aufruf folgten, kamen von nah und fern, und viele blieben.

Während anfangs die Zusammenarbeit mit der ansässigen Bevölkerung oftmals schwierig war, gab es nach vielen Diskussionen und gemeinsamen Aktionen mehr Annäherung und gegenseitiges Verständnis – und die Erkenntnis, dass der Kampf (nur) über verschiedene Wege gewonnen werden kann. Dabei läuft natürlich nicht immer alles glatt. Eine große Schwierigkeit ist es, eine gemeinsame Strategie zu finden, die Gruppe der Besetzer_innen ist heterogen und wechselhaft. Doch so oft man zweifelt, ob all das effektiv ist, so entschlossen ist man dennoch, „on ne lâche rien“, „wir geben nicht nach“... Das Verhindern des Projektes ist nach wie vor möglich. Dabei sind die Motivationen vielfältig: Für die einen geht es darum, ein Experimentierfeld und konkrete Alternativen zu schaffen, für andere darum, vor Ort zu sein und so die Bauarbeiten direkt verfolgen und behindern zu können. Für viele geht es nicht oder nicht nur um den Flughafen, sondern auch um die gesellschaftlichen Verhältnisse, die solch ein Bauprojekt erst möglich machen: Urbanisierung, eine kapitalistische Logik des ständigen Wachstums und Profitstrebens, und eine Entscheidungsfindung über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Die einen stel-

len sich gegen das Flughafenprojekt, weil das Haus ihrer Familie vom Abriss betroffen wäre, die anderen, weil sie die eindrucksvolle Artenvielfalt erhalten wollen, die sich nicht zuletzt aufgrund der jahrelangen wirtschaftlichen Vernachlässigung des Gebietes zwischen Hecken, Mischwäldern und Feuchtgebieten entwickelt hat.

Attention

Doch seitdem die Finanzen für das Projekt bewilligt sind und die vom Staat seit Jahrzehnten angekauften Ländereien an Vinci überschrieben wurden, spitzt sich die Lage zu: Gerichtsprozesse wurden gegen die Besetzer_innen angestrengt, Hausdurchsuchungen und Festnahmen durchgeführt und in den Medien wird die Bewegung in die zwei üblichen Gruppen ge-

teilt, die Friedlichen und die Gewaltbereiten. Dabei sind die Aktionen offensiver geworden und vielschichtiger. Sie reichen von temporären Besetzungen von Büros involvierter Firmen und Regierungsinstitutionen über eine Traktor-Fahrrad-Karawane nach Paris bis zu Kletteraktionen in den Bäumen eines öffentlichen Parks in Nantes. Öffentliche Anhörungen werden begleitet von Farbeiern und Dudelsackmusik, und zerstoche Autoreifen gibt es für diejenigen, die kommen, um die obligatorischen Umwelt-Gutachten durchzuführen. Bei Landvermessungen versperren auch mal brennende Straßenblockaden den Weg für die Maschinen, und von zahlreichen Sabotageaktionen hat mindestens eine zum Rückzug eines Vertragspartners geführt.

Das kommende Jahr wird wohl ein sehr entscheidendes sein, in dem Vinci das Gebiet leerklagen, -kündigen, räumen und roden lassen will, zynischerweise als „liberation de la terre“ bezeichnet. Die Repression hat in den letzten Monaten zugenommen, und die anstehenden Präsidentschaftswahlen bringen zusätzliche Brisanz.

Die Räumungsbedrohungen, die vie-

le besetzte Häuser im Gebiet der ZAD ab Januar und März 2012 betreffen, werden nicht einfach so hingegenommen. So entstand der Aufruf zu einer Demonstration am vierten Samstag nach einer eventuellen Räumung, um gemeinsam einen Ort neu zu besetzen. Diese Idee knüpft an eine kollektive Aktion im Mai 2011 an, bei der mit 1.000 Menschen eine Brache urbar gemacht und anschließend eine Gemüsegärtnerei angelegt wurde. Die Absicht ist, sich gemeinsam den Versuchen zur Räumung des gesamten Gebietes entgegenzustellen und die Dynamik des kollektiven politischen Handelns aufrechtzuerhalten. Jedwede Unterstützung, auch in Form von Solidaritätsaktionen und Vernetzung mit anderen Kämpfen sind herzlich erwünscht! Wenn ihr Euch auf dem Laufenden halten und mehr erfahren wollt:

<http://zad.nadir.org> (französisch/englisch).

mika

(1) Vinci, nach eigenen Angaben weltweit größte Konzessions- und Baukonzern, ist außerdem emsig tätig im Bau von Knästen, Kernkraftwerken und Hochgeschwindigkeitszugstrecken und erwirtschaftet saftige Gewinne durch das Betreiben von Mautautobahnen und Parkhäusern. <http://stopvinci.noblogs.org> dokumentiert die landesweite Kampagne „Vinci degage!“.



Gegen Verstrahlung des Leipziger Umlands

Kettensägen, Leuchtfarbe und Demo am 19.1.

Kettensägen auf dem Weihnachtsmarkt, tausende Flyer in den Briefkästen und mit Leuchtfarbe markierte Straßen um Taucha rüttelten die Leute östlich von Leipzig in den letzten Wochen auf: die sächsische Landesregierung will die von ihr favorisierte Südvariante einer neuen Bundesstraße B87n in Richtung Torgau gegen den Willen der Anwohner_innen durchsetzen, trotz Zerstörung von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten, fehlerhafter Berechnungen und trotz eines mehrjährigen Bürger_innenbeteiligungsprozesses. Am 19. Januar mobilisiert der Sehliser Autobahnstammtisch - ein wöchentliches offenes Treffen des neuen politischen Kommuneprojekts in Sehlis - gemeinsam

mit weiteren Initiativen zu einer laut-bunten Demonstration gegen diese obrigkeitsstaatliche Straßenbauplanung, die ebenso sinnlos ist wie der Bau des Citytunnels. Mit Traktoren, Musik und Kochgeschirr gehts vom Augustusplatz zur Landesdirektion Leipzig, der wir einen offenen Brief überreichen werden.

Wir werden diese Straßenbauplanungen jetzt stoppen! Jetzt den Betonköpfen die Asphaltbrillen abnehmen!“

Infos: <http://von-der-parthe.blogspot.com>
- Kontakt: 0157-7156 1976

Demo: 19.1.2011,
Start: Augustusplatz 15:15 Uhr.

Anzeige



Occupy Everything!

Fortsetzung von Seite 1...

(...) Zweitens: Neben der medialen Öffentlichkeit schaffen die Platzbesetzungen auch eine innere Öffentlichkeit. Menschen, die sich sonst kaum begegnet wären, treffen aufeinander, arbeiten über Wochen hinweg zusammen, debattieren... Die Besetzungen schaffen ein Umfeld für kollektive Lernprozesse – und es ist noch nicht abgemacht, was dabei am Ende herauskommt.

Ein dritter interessanter Aspekt ist, dass die Bewegung klassisch anarchistische Elemente aufgreift. Das betrifft nicht nur die Abgrenzung gegenüber Parteien, sondern vor allem die basisdemokratische Entscheidungsfindung durch Vollversammlungen und Konsensbeschlüsse. Auch der Anthropologe David Graeber (der sowohl bei den *Industrial Workers of the World* als auch bei *Occupy Wall Street* aktiv ist) weist auf diesen Punkt hin. In einem Artikel (1) betont er die anarchistischen Grundprinzipien der Bewegung und das neue Verständnis von Demokratie, das sich hier zeige. Die Aktivist_innen, schreibt er, „weigerten sich, die Rechtmäßigkeit der politischen Autoritäten dadurch anzuerkennen, dass sie Forderungen an diese Autoritäten richten; sie weigerten sich, die Legitimität der herrschenden Rechtsordnung anzuerkennen, indem sie einen öffentlichen Raum besetzten, ohne um Erlaubnis zu fragen; sie weigerten sich, Repräsentant_innen zu wählen, die hätten bestochen oder korrumpiert werden können; sie bekundeten, wenn auch gewaltfrei, dass das System als ganzes korrupt und abzulehnen sei; und sie waren be-

reit, der unausweichlich gewalttätigen Antwort des Staates zu trotzen.“ Gerade diese anarchistischen Prinzipien hätten wesentlich zum Erfolg der Bewegung beigetragen.

Dass in Zusammenhang mit dem Protest so offen und positiv von Anarchismus geredet und die vage Formel der „echten Demokratie“ in diesem Sinne gefüllt wird, ist immerhin bemerkenswert. Über die zentrale These Graebers lässt sich aber streiten. Basisdemokratische Entscheidungsstrukturen bieten eben nur die *Möglichkeit*, keine Garantie für wirkliche Selbstermächtigung. Ein beträchtlicher Teil der Bewegung, so ließe sich sagen, kämpft mit anarchistischen Mitteln für sozialdemokratische Ziele.

Jedenfalls beschreibt z.B. Malcolm Harris, ein Autor des libertären *Jacobin Mags*, die Lage deutlich anders als Graeber. Es gäbe zwar einen anarchistischen Anteil bei den Protesten, aber es sei auffällig, dass „Anarchist_innen und Occupier mittlerweile zu zwei getrennten – wenn auch überlappenden – Gruppen geworden sind. Auf der Straße wird das noch offensichtlicher. Als ich übers Wochenende bei *Occupy DC* war, erzählte mir ein Kerl, den ich dem Äußeren nach als Anarcho eingestuft hätte, wie ein anderer Demonstrant ihn von der Fahrbahn zurück auf den Bürgersteig, in den von der Polizei kontrollierten Demozug gestoßen hatte. Das gleiche habe ich in *New York* erlebt, und ich wette, anderswo passiert Ähnliches. Aus *Chicago* gab es Gerüchte, dass einige Occupier Flugblätter mit Namen und Fotos von 'bekannten Anarchisten' gedruckt hätten, und gewisse Komitee-Mitglieder von *OWS* haben angedeutet, man müsse die autonomen Gruppen aus der Bewegung herausdrängen.“ (2)

Solche selbsternannten Ordnungshüter_innen scheinen ein typisches Phänomen bei den Protesten zu sein. Dabei werden oft schon banale Ordnungswidrigkeiten als Verstoß gegen den Grundsatz der Friedfertigkeit gewertet und mit teils recht rabiaten Mitteln dagegen vorgegangen. Auch aus Oakland

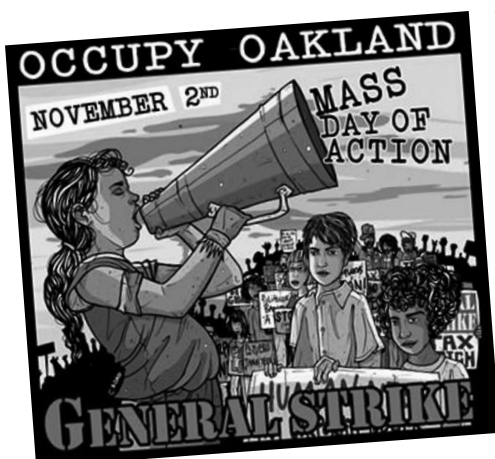
wurde wiederholt über solche Demonstrant_innen berichtet, die sich als Hilfssheriffs aufführen und z.B. versuchen, vermeintliche „Unruhestifter“ auf eigene Faust festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Die Forderung nach regelkonformem Verhalten übt aber auch diskursiven Druck aus – so werden mit dem stetig wiederholten Hinweis, man wolle einen „friedlichen Protest“, auch notwendige Debatten über den Umgang mit Polizeigewalt unterbunden.

In einem anderen Text kommentiert Malcolm Harris dazu sarkastisch: „Ich weiß, dass *Occupy Wall Street* Leitlinien für das Verhalten bei Demonstration entwickelt hat. Und obwohl ich das generell nicht mag, sollten wir doch gemeinsam ein paar Regeln aufstellen, wie wir auf der Straße miteinander umgehen. Wenn Gewaltlosigkeit dazugehört, dann sollten wir auch klarstellen, dass es ein inakzeptables Verhalten ist, jemanden anzugreifen, nur um Privateigentum zu schützen. Das gilt auch für andere Verhaltensweisen, die den Grundsatz der Gewaltlosigkeit verletzen, z.B. der Polizei bei Verhaftungen zu helfen oder Leute auf die vorgeschriebene Marschrouten zurückzuschubsen. Diese Diskussion würde vielleicht helfen, sich darüber klar zu werden, wer wirklich eine interne Bedrohung für die Besetzungen darstellt.“ (3)

Der „Generalstreik“ in Oakland

Nicht alle Demonstrant_innen wollen sich freilich mit der Polizei verbrüdern. Als am 10. Oktober in Oakland zwei Camps errichtet wurden, benannten die Aktivist_innen den von ihnen besetzten Platz in *Oscar Grant Plaza* um – Oscar Grant, ein farbiger Jugendlicher, war Anfang 2009 in Oakland von einem Polizisten erschossen worden. Also eine klare Ansage an die Polizei...

Die Cops bemühten sich, ihrem schlechten Ruf gerecht zu werden: In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober wurde sowohl die *Oscar Grant Plaza* als auch ein zweites, in einem Park in der Nähe gelegenes



Camp mit brachialer Gewalt geräumt. Der Irakkriegs-Veteran Scott Olson wurde von einer Tränengaskartusche getroffen, die ein Polizist in Kopfhöhe in die Menge gefeuert hatte. Er erlitt einen Schädelbruch und lag mehrere Tage im Koma.

Die geräumten Plätze wurden mit Zäunen abgesperrt. Allerdings kehrten die Besetzer_innen bald zurück, die Zäune wurden demontiert und die Camps wieder aufgebaut. Als Antwort auf die staatliche Repression riefen sie zum Generalstreik auf: Am 2. November sollte die gesamte Stadt lahmgelegt werden. Unterstützung für dieses Vorhaben kam nicht nur von der örtlichen Lehrgewerkschaft, sondern auch von der ILWU (*International Longshore and Warehouse Union*), der Gewerkschaft der Hafendarbeiter_innen.

Obwohl klar war, dass bei einer Vorlaufphase von gerade mal einer Woche kein Generalstreik im vollen Sinne des Wortes herauskommen würde, war der Aktionstag doch ein großer Erfolg. Viele Inhaber_innen kleinerer Läden unterstützten den Streik. Eine Reihe von Banken hatte der erwarteten Ausschreitungen wegen geschlossen, bei anderen Filialen zertrümmerten im Laufe des Tages autonome Grüppchen die Fensterscheiben. Auch das Gebäude von *Oakland Whole Foods*, einem Lebensmittelunternehmen, das für seine gewerkschaftsfeindliche Politik bekannt ist, wurde mit Farbbeuteln beworfen.

Am frühen Nachmittag machte sich ein Demonstrationszug (nach Polizeiangaben etwa 7000, nach Presseberichten bis zu 20.000 Menschen) auf den Weg zum Hafen von Oakland, um dort die Zufahrten zu blockieren. Dieses Vorgehen hatte vor allem rechtliche Hintergründe: Eine Klausel in den Arbeitsverträgen untersagt den Hafendarbeiter_innen Solidaritätsstreiks jeder Art (4). Sie können aber die Arbeit niederlegen, wenn durch unvorgesehene Ereignisse ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet scheint – die Demonstration sollte also einen Vorwand für die Arbeitsniederlegung schaffen und so juristische Repressalien zu vermeiden helfen. Schon seit den Morgenstunden ging der Hafenbetrieb nur schleppend voran, weil

viele Arbeiter_innen sich krank gemeldet hatten. Nachdem die Zufahrten mit Streikpostenkettens blockiert waren, war der Hafen (immerhin der fünftgrößte Frachthafen der USA) bis spät in die Nacht hinein gänzlich lahmgelegt – für die Stadt und die Reedereien bedeutete das einen Verlust von etwa 8 Mio. Dollar! Das ist nicht nur deshalb wichtig, weil es weit über bloß symbolische Aktionen hinausgeht. Auch die Trennung von „sozialen Bewegungen“ und „Klassenkampf“, wie sie in den letzten Jahrzehnten vorherrschte, wird dadurch ein Stück weit aufgehoben. Mittlerweile wird geplant, die Aktion in größerem Maßstab zu wiederholen und am 12. Dezember die Häfen der gesamten Westküste zu blockieren (5). Damit soll nicht nur gegen die Repression der vergangenen Wochen demonstriert werden. Zugleich wollen die Besetzer_innen damit die streikenden Hafendarbeiter_innen in Longview (Washington) unterstützen.

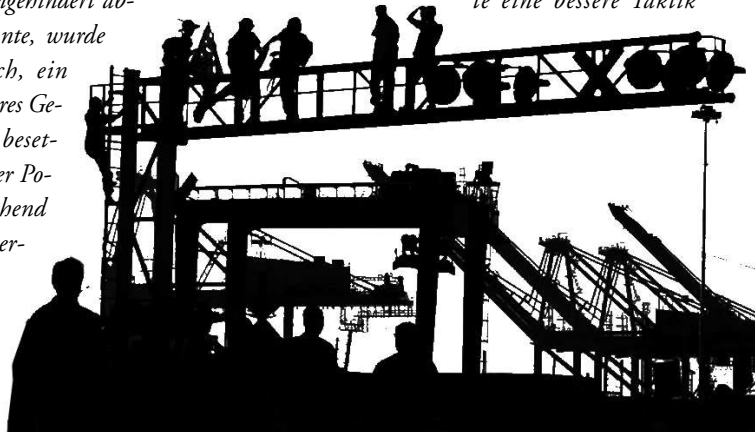
Besetzen!

In der Nacht zum 3. November wurde zudem ein leerstehendes Gebäude besetzt. Dieses hatte ehemals der *Traveller's Aid Society* gehört, einer Non-Profit-Organisation, die sich für Obdachlose einsetzt, war aber wegen der Kürzung der staatlichen Zuschüsse geschlossen worden. In einem Statement erklärten die Aktivist_innen: „*Uns ist klar, dass nach dem Eigentumsrecht so ein Akt als unbefugtes Betreten oder gar Einbruch gilt [...] Aber während die Blockade des Hafens – eine Aktion, die millionenschwere Verluste verursachte – ungehindert ablaufen konnte, wurde der Versuch, ein einziges leeres Gebäude zu besetzen, von der Polizei umgehend brutal unterbunden. Warum? Weil sie diesen nächs-*

ten logischen Schritt der Bewegung mehr fürchten als alles andere [...] Sie sagen: Ihr könnt in eurem rattenverseuchten Park campen, solange ihr wollt. Aber in dem Moment, wo ihr das Eigentumsrecht antastet, werden wir euch mit all unseren Mitteln bekämpfen.“ (6)

Das ist sicher ein gutes Statement. Die Aktion selbst lief aber nicht ganz so glorieus ab, wie es hier dargestellt wird. Eine Beobachterin kritisiert z.B. in einem anonymen Kommentar, dass das Ganze „*eher wie eine anarchistische Glamour-Pose aussah, und nicht wie ein gezielter revolutionärer Akt mit dem Ziel, das Gebäude wirklich zu übernehmen und zu halten. Es hängt mir zum Hals raus, dass direkte Aktionen nur der schönen Pressebilder wegen gemacht werden. Es hängt mir zum Hals raus, wenn Barrikaden nur gebaut werden, um sie dann auf der Stelle zu verlassen, sobald die Polizei das Feuer eröffnet.*“

Die Beobachterin kritisiert auch das Verhalten des schwarzen Blocks am Streiktag und in der folgenden Nacht: „*Die Scheiben von Geschäften einzuschlagen, die den Streik unterstützt haben, war einfach nur dumm und kontraproduktiv. Und zu sehen, wie Leute aus dem schwarzen Block vor der Polizei flüchteten, statt das Camp zu beschützen, das sie mit ihren Aktionen gefährdet hatten, wobei sie viele kranke Menschen, Straßenkids und Obdachlose wehrlos zurückließen, war dermaßen mies, dass ich es gar nicht ausdrücken kann...*“ Der Kommentar endet: „*Ich möchte, dass die Leute sich der Polizei entgegenstellen [...] Ich möchte, dass Häuser dauerhaft besetzt und nicht binnen Stunden geräumt werden [...] Ich möchte eine bessere Taktik*



und ein Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Leuten, die von unserem Verhalten betroffen sein könnten – und davon habe ich letzte Nacht nichts gesehen.“ (6)

Wie dem auch sei: Hausbesetzungen werden auch an anderen Orten als logischer nächster Schritt der Bewegung gesehen. Auch im nordkalifornischen Chapel Hill besetzten Aktivist_innen ein Haus, wurden aber bald von schwer bewaffneter Polizei geräumt. Und drei Wochen nach dem eher unrühmlichen ersten Versuch gab es in einem Außenbezirk von Oakland eine weitere, scheinbar erfolgreichere Besetzung.

Andernorts haben sich weniger spektakuläre, aber nachhaltigere Initiativen entwickelt, die in eine ähnliche Richtung zielen – so z.B. die seit 2009 bestehende *Anti-Eviction Campaign* in Chicago. Diese unterstützt Menschen und Familien, die aus ihren Häusern vertrieben wurden, weil sie die Hypotheken nicht mehr zahlen konnten. Die Kampagne organisiert nicht nur juristische Unterstützung und öffentliche Proteste, sondern unterstützt auch Aktionen, bei denen sich die Menschen den benötigten Wohnraum einfach aneignen. Solche Initiativen kommen vor allem aus den nicht-weißen Communities, die von den Folgen der Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen sind. Und obwohl *Occupy* nach wie vor eine weitgehend „weiße“ Veranstaltung ist, erhalten auch die sozialen Bewegungen in den schwarzen und Latino-Communities neuen Auftrieb und Unterstützung durch den Protest.

In einem Interview erklärt J.R. Fleming von der Chicagoer Kampagne dazu: „Wir werden eine größere Beteiligung der Schwarzen sehen, wenn wir anfangen, die tausenden Häuser und Wohnungen zu

besetzen, die jetzt im Besitz der Banken sind. Du kannst den ganzen Tag in der Innenstadt verbringen und demonstrieren, aber wenn du hier ins Viertel zurückkommst, bist du immer noch obdachlos oder nah dran, es zu sein. Wenn wir diese Häuser hier in der Nachbarschaft besetzen, dann wäre das die Art von Besetzungen, die wirklich was bedeutet für die Leute, die wirklich einen Unterschied macht.“ (8) Das ist ein wichtiger Punkt: Der öffentliche Protest mag wichtig sein, ändert aber wenig an den alltäglichen Problemen der Leute.

Ein ähnliches Ziel wie die Chicagoer Kampagne verfolgt die Initiative *Take Back The Land* aus Miami, die schon 2006 von dem Anwalt Max Rameau gegründet wurde. In einem Interview beschreibt Rameau das Vorgehen bei der Aneignung von Wohnraum: „Wir gingen dort hin, machten uns mit den Verhältnissen im Viertel vertraut, schauten uns das Haus an und fanden es in gutem Zustand. Dann sprachen wir mit den Leuten im Viertel und meinten: Schaut, dieses Haus steht leer. Wir haben eine Familie, die eine Bleibe braucht. Wir würden sie gern hier unterbringen. Das wäre gut für die Familie und auch gut fürs Viertel, wenn hier nicht so viele Häuser leer stehen. Wir hätten gern eure Unterstützung dafür. Und wir machten eine Pressekonferenz und brachten die Familie dort unter, und alle Nachbarn unterstützten das. Die Familie lebt jetzt seit etwa drei Monaten dort. Und die Nachbarn haben sich bereit erklärt, dass sie, wenn die Polizei kommt um diese Familie zu räumen, dass sie dann die Räumung verhindern, durch Blockaden.“ (9)

Das eröffnet eine wichtige Perspektive: Immerhin wurden im Zuge der Immobilienkrise Zehntausende Menschen aus ihren Häusern geworfen. Und umgekehrt ist die Wall Street zwar ein symbol- und öffentlichkeitsträchtiger Ort – aber mehr als öffentliche Aufmerksamkeit lässt sich dort eben nicht erreichen. Nur wenn der Protest sich mit konkreten sozialen Kämpfen verbindet, wird hier eine Bewegung entstehen, die auch über

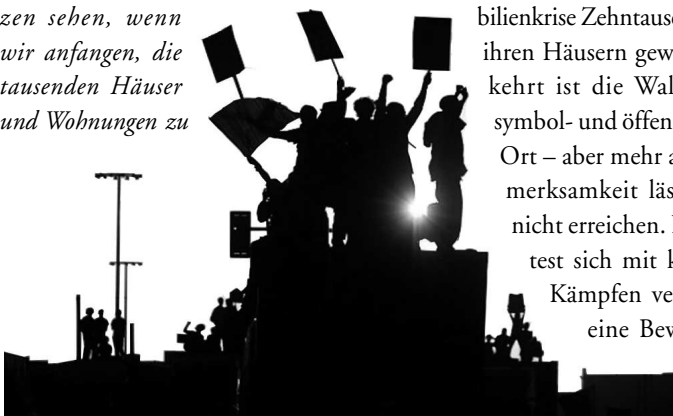


Hype hinaus von Bedeutung ist. Dieser Hype lässt sich ohnehin nicht ewig aufrechterhalten. Irgendwann ist der Protest eben keine Neuigkeit mehr, und jeder Versuch, mit immer noch spektakuläreren Aktionen etwas daran zu ändern, führt unvermeidlich in eine Sackgasse.

Es wäre also Zeit, die Strategie zu wechseln, die Bewegung in eine Richtung fortzusetzen, in der die Medien lieber nicht mehr darüber berichten. Die *Anti-Eviction Campaign* zeigt, wie das geht: In einer unaufgeregten, alltäglichen Weise wird hier die gesellschaftliche Ordnung im Ganzen in Frage gestellt. Dort, wo die Bedürfnisse der Menschen nach einem schönen Leben mehr gelten als das Eigentumsrecht, wird es wirklich gefährlich für den Kapitalismus.

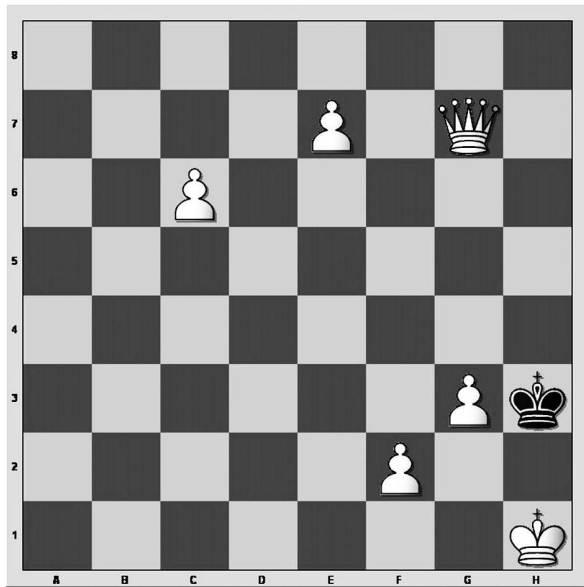
justus

- (1) „Occupy and Anarchism’s Gift of Democracy“, libcom.org/library/occupy-anarchisms-gift-democracy-david-graeber
- (2) jacobinmag.com/blog/2011/10/baby-were-all-anarchists-now/
- (3) jacobinmag.com/blog/2011/11/people-who-hit-people/#more-2118
- (4) Das US-amerikanische Streikrecht ist ohnehin sehr rigide. So erlaubt es der Taft-Hartley-Act von 1947 dem Präsidenten, jeden Streik zu beenden, wenn dieser das „nationale Interesse“ gefährdet. Aufgrund dieses Gesetzes stoppte George W. Bush z.B. 2002 einen Streik der Hafentarbeiter_innen (siehe FA! #3).
- (5) www.occupyoakland.org/strike/
- (6) <http://www.bayofrage.com/from-the-bay/statement-on-the-occupation-of-the-former-travelers-aid-society-at-520-16th-street/>
- (7) www.indybay.org/newsitems/2011/11/04/18697383.php
- (8) http://www.democracynow.org/2011/11/11/occupy_homes_new_coalition_links_homeowners
- (9) chicagoantieviction.org/2011/11/media-chicago-anti-eviction.html#more



Allein machen sie Dich ein ...

Matt in zwei Zügen:



Lösung #42:

Wir bieten mit dem weißen *Springer* Schach auf e6, was unter anderem eine Flucht des Königs auf h8 oder g7 auslöst, worauf jedoch ein Db8+ folgt. Schließlich verlängert Schwarz noch mit Dd8 das unausweichliche Matt auf eben diesem Felde.

Schwarz kann den schachgebenden Springer auch einfach schlagen, das ist Euch sicher nicht entgangen. Zum einen mit dem f-Bauern, was jedoch ein Df8++ nach sich zöge. Viel wahrscheinlicher ist der Springerraub mit der Dame.

Und nun das Angebot: Weiße Dame auf h6, Schach. Folgt der schwarze König und schlägt sie, ist er im nächsten Zug mit Läufer auf f8 hinüber. Weicht er auf g8 oder h8 zurück, folgt das Matt mit Dame auf f8.

Die
FA! Pawn Stars
präsentieren:

Schach Satt!

Die Rubrik für hungrige Schachspieler_innen

Springer_Le

LECKER!

Zutaten (für 20-40 Stück):

3 EL Sojamehl	400g feines Weißmehl
3 EL Soja-Cuisine	2 Päck. Vanille-Zucker
300g gesieb. Puderzucker	1 TL Vanille-Mark

Sojamehl und Soja-Cuisine zu einer cremigen Masse rühren. Diese mit Puderzucker und Vanillezucker zu einer hellen, dicklichen Creme schlagen. Bei Bedarf noch Soja-Cuisine hinzugeben. Vanille-Mark darunter rühren. Das Mehl dazu sieben und zu einem Teig zusammenfügen. Teig 2 Stunden im Kühlschrank ruhen lassen.



Jetzt kleine Portionen Teig abschneiden und auf dem eingepuderten Backbrett 10 mm dick ausrollen. Gebäckmodell (Bildstempel) in den leicht eingepuderten Teig drücken, das Bild mit einem passenden Ausstecher oder dem Messer ausschneiden und auf ein mit Backpapier belegtes Blech legen.



Nach ca. 12-24 Stunden Trocknungszeit bei ca. 150° C ganz unten im Ofen ca. 12-15 Minuten backen. Unterseite vorher leicht anfeuchten. Fertig.

Und hier gibts den...

Südvorstadt

Späti Esperantos Katzer, Schenkendorf Str. 20
Bistro Shahia, Karl-Liebknecht-Str. 98
Mandragora, Kurt-Eisner-Str. 84
Onkel Toms Hütte, Arthur-Hoffmann-Str. 120

Schleußig

Besser Leben, Holbeinstr. 2
Lebensart Naturkost, Könneritzstr. 49
Rückenwind, Schnorrstr. 23
Klanggarten, Könneritzstr. 63

Reudnitz

Atari, Kippenbergstr. 20

Plagwitz

Schatzinsel, Forststr. 7
Drift, Karl-Heine-Str. 83
Infobude/Projekt G16, Gieszerstr. 16
Vleischerei, Zschochersche Str. 23
Schicke Schnitte, Zschochersche Str. 61

Halle /saale

Infoladen im VL, Ludwigstr. 37
FORMAT, Geiststr. 42

Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9
Buchhandel El Libro, Bornaische Str. 3d
Frau Krause, Simildenstr. 8
Lazy Dog, Wolfgang-Heinze-Str. 20
Plattenladen im Zoro, Bornaische Str. 54

Lindenau

hinZundkunZ, Georg-Schwarz-Str. 9
Café Westen, Demmeringstr. 32

Archive

Infoladen Conne Island, Koburger Str. 3, 04227 Leipzig
Anarchiv, Wolfsburgstr. 25-29, 67433 Neustadt a.d. Wstr.
Alhambra-Archiv, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, archiv@alhambra.de
DaDa Köln, c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, koeln@dadaweb.de, www.free.de/dada
Bibliothek der Freien, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, 10405 Berlin, zeitschriftenarchiv@bibliothekderfreien.de
Archiv der sozialen Bewegungen, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen, archivbremen@niatu.net

Zentrum

Libertäres Zentrum Libelle, Kolonnadenstr. 19
City-Döner, Leplaystr. 3



Feierabend!

Feierabend!

ABO-Ticket

Merktettel
(aufheben)

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

↓ Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren: ↓

#44 #45 #46 #47 #48 #49

Bestellung (schicken)

Ich möchte ein ABO
 neu anmelden

Meine Postadresse ist:

Das Geld für
folgende Aus-
gaben liegt bei:

#44 #45

#46 #47

(3 Ausgaben = 5 Euro) #48 #49

Ich möchte mein
ABO verlängern

Feierabend!

auch im

ABO n n e m e n t

3 Ausgaben für 5 Euro
ältere Ausgaben z.T. noch erhältlich

Kontakt:

c/o Feierabend!

Kolonnadenstr. 19

04109 Leipzig

feierabendle@web.de

demnächst: feierabendle@riseup.net

Homepage: feierabendle.net

Einsendeschluß für #44:

11. Februar 2012